

#JetztMalEhrlich

UNSER LAND VERDIENT EIN COMEBACK.

WAHLPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2026
IN BADEN-WÜRTTEMBERG



ZUKUNFT GEWINNEN – FREIHEIT, SICHERHEIT, WOHLSTAND

Die Politik der Altparteien hat Deutschland in eine Krise geführt, die alle Bereiche unseres Lebens betrifft: drastischer Anstieg der Gewaltkriminalität, massiver Wirtschaftsabschwung, marode Infrastruktur, drohender Kollaps der Gesundheits- und Sozialsysteme, ein kaputtgespartes und ideologisiertes Bildungswesen.

Diese Großkrise ist das Ergebnis einer ideologiegetriebenen Politik der Altparteien. Offene Grenzen, Reformstau, Deindustrialisierung, Wohlstandsverlust, die Verschwendung unvorstellbarer Summen an Steuergeldern für wahnwitzige Vorhaben, gesellschaftliche Spaltung, der Abbau bürgerlicher Freiheiten: Das ist die Bilanz der Politik von CDU, Grünen, SPD und FDP auf Bundes- und Länderebene.

Zehntausende Jobs wurden im Automobil-Land Baden-Württemberg bereits vernichtet und die Existenz vieler Familien ist bedroht – das Verbrennerverbot wurde von der Kretschmann-Regierung mitgetragen. Unter der grünen Regierung ist das einstige Bildungs-Musterland Baden-Württemberg in kürzester Zeit weit zurückgefallen. Baden-Württembergs Kommunen ächzen unter Asylmissbrauch und Kriminalität, massive Überbelastungen führen zum finanziellen Kollaps.

Doch die Politik der Selbstzerstörung ist nicht „alternativlos“. Die Alternative für Deutschland steht für das, was ihr Name besagt: eine alternative Politik, die unser Land zurück auf Erfolgskurs führt – mit den Zielen von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

„Freiheit – Sicherheit – Wohlstand“ ist der Dreiklang, der unser Wahlprogramm für die Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026 leitet und unser Versprechen an die Bürger. Unsere Leistungsträger, unsere Familien und unsere Kommunen sind das Fundament unseres Gemeinwesens. Um Wohlstand zu schaffen und zu bewahren, benötigen sie Freiheit und sichere Rahmenbedingungen statt

Bevormundung und Überregulierung. Wir setzen uns ein für mehr Freiheit und weniger staatliche Gängelung.

Familien und Unternehmen leiden unter immer weiter steigenden Abgaben und Kosten. Sie brauchen Entlastungen und sichere Arbeitsplätze, um Wohlstand aufzubauen und zu bewahren. Sie verdienen eine Landespolitik, die im Sinne der Bürger handelt, statt Ideologie und fremden Interessen zu folgen. Unsere Politik dient vor allem den Bürgern und Unternehmen in Baden-Württemberg. Niemandem muss noch gesagt werden, dass die überbordende Kriminalität in unserem Land das Ergebnis der Politik der offenen Grenzen ist. Jeder weiß es. Und doch führen die Altparteien ihre Politik der ungezügelten Migration fort – trotz aller anderslautenden Wahlversprechen. Die Alternative für Deutschland ist die einzige Partei, die Maßnahmen für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und ein Ende des Asylmissbrauchs ergreifen wird.

Unser Wahlprogramm stellt die Weichenstellungen vor, mit denen wir das Land Baden-Württemberg zurück auf die Erfolgsspur führen können. Es geht darum, die Zukunft unseres Landes zu sichern. Politische Fehlentscheidungen der letzten Landesregierungen sind zu korrigieren. Die schädlichen Auswirkungen einer fehlgeleiteten Politik müssen angegangen werden und die Stellung des Landes Baden-Württemberg auf Bundes- und EU-Ebene ist zu stärken.

Aber die Zeit drängt! Kurzfristig wirksame Maßnahmen müssen ergriffen werden. Daher unser 9-Punkte-Sofortprogramm – neun Maßnahmen, die eine von der Alternative für Deutschland geführte Landesregierung innerhalb der ersten 100 Tage umsetzen wird: Das ist unser Wahlversprechen!

Wir wissen, dass Ideenreichtum und Fleiß der Baden-Württemberger uns auch aus dieser hausgemachten Krise herausbringen können. Es wird nicht das erste Mal sein, dass unsere Bürger schwierige Situationen nicht nur überstehen, sondern erfolgreich meistern!

INHALTSVERZEICHNIS

ERSTE HILFE FÜR UNSER LAND: 9-Punkte-Sofortprogramm für die ersten 100 Tage einer von der AfD geführten Landesregierung für Baden-Württemberg	10
1. Energiepreise reduzieren	14
2. Automobilindustrie retten	15
3. Langfristig investieren ohne Schuldenberge	16
4. Große Bildungswende einleiten	17
5. Volksentscheid über Migration	18
6. Innere Sicherheit wiederherstellen	19
7. Demokratie und Meinungsfreiheit schützen	19
8. Letzte Chance für den ÖRR	21
9. Kurswechsel in der Außenpolitik	22
 I – GELD- UND WÄHRUNGSPOLITIK – FINANZEN UND STEUERN	 24
1. Die Ausgangslage: Ein aus den Fugen geratener Landeshaushalt	26
1.1 Neuordnung und Zusammenlegung der Ministerien	26
1.2 Verbindliches Stelleneinsparprogramm im Staatshaushaltsgesetz	27
1.3 Stärkung der Finanzkraft der Länder	27
1.4 Einrichtung eines neuen landeseigenen Investitionsfonds	27
1.5 Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen den Ländern	27
2. Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen	28
2.1 Die Ausgangssituation: Eine dramatische finanzielle Schieflage	28
2.2 Politische Versprechungen auf dem Rücken der Kommunen	28
2.3 Reformbedürftige Finanzbeziehungen zwischen dem Land Baden-Württemberg und seinen Kommunen	28
2.4 Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen	29
 II – FAMILIE UND DEMOGRAFIE	 30
1. Familien tragen die Gesellschaft	32
2. Die Zukunft unserer Heimat liegt in deutschen Kinderzimmern – nicht in Ankunftscentren für Asylbegehrende!	32

3. Weniger Steuern, mehr Unterstützung	33
4. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	33
5. Familienfreundlichen Wohnraum schaffen: Eigenheim statt Enteignung!	34
6. Entlastung für pflegende Angehörige – Versorgungslücken schließen!	34
7. Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene	35
8. Rechte schützen, Pflichten tragen	36
9. Talentabwanderung stoppen, Fachkräfte zurückgewinnen	36

III – INNERE SICHERHEIT, JUSTIZ UND DATENSCHUTZ 38

1. Der verschlechterten Sicherheitslage effektiv begegnen	42
2. Rechtsstaat	45
3. Extremismus und Terrorismus	47

IV – BILDUNG, WISSENSCHAFT, KULTUR UND MEDIEN 50

1. Leistung, Wissen und Können	52
1.1 Für ein leistungsfähiges Schulsystem	52
1.2 Schulpflicht in Bildungspflicht umwandeln	52
1.3 Bürokratieabbau und Eigenverantwortung der Schulen	52
1.4 Keine Inklusion um jeden Preis	53
1.5 Bildungsplan von Ideologie befreien	53
1.6 Grundschulbildung fokussieren	53
1.7 Grundschulempfehlung sinnvoll gestalten	53
1.8 Neunjähriges Gymnasium: aber richtig	54
1.9 Digitale Bildung: Souveränität und Medienkompetenz	54
1.10 Freiwillige kommunale Kinderbetreuungsangebote ausbauen	54
2. Universität und Hochschule	55
2.1 Hochschulautonomie stärken	55
2.2 Wissenschaftliche Exzellenz in den Hochschulen	55
2.3 Exzellenz des Wissenschafts- und Hochschulsystems	56
3. Kultur und Kunst	56
3.1 Breitenkultur beleben und Kunstfreiheit sichern	57
4. Medienpolitik: Freiheit statt Zwang	57
4.1 Rundfunkbeitrag abschaffen – Zwangsfinanzierung beenden	57

4.2 Umstrukturierung der Filmförderung in Baden-Württemberg	58
5. Christliche Kirchen	58
5.1 Christliche Kirchen	59
5.2 Finanzierung der Kirchen auf andere Basis stellen	59

V – UMWELT, NATUR- & TIERSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT & VERBRAUCHERSCHUTZ 60

1. Umwelt- und Naturschutz neu denken	62
2. Tierschutz neu denken	63
3. Landwirtschaft neu denken	63
4. Den ländlichen Raum wirksam fördern	64
5. Verbraucherschutz neu denken	65
6. Jagd, Forst- und Fischwirtschaft als Partner von Wald- und Naturschutz fördern	65

VI – GESUNDHEITSPOLITIK 66

1. Die Krankenhausreform 2025 und das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVVG)	68
2. Ambulante Versorgung und Notfallversorgung	68
3. Rehabilitation	69
4. Sichere Arzneimittelversorgung	69
5. Häusliche Pflege	70
6. Pflegepersonalmangel	70
7. Ausländisches Personal im Gesundheitswesen	70
8. Keine allgemeine Impfpflicht	71
9. Corona-Aufarbeitung	71
10. Keine geschlechtsverändernden medizinischen Behandlungen bei Jugendlichen	72
11. Der Heilpraktikerberuf	73
12. Krankenhausprivatisierungen	73
13. Keine Pflicht zur Organspende	73
14. Elektronische Patientenakte (ePA)	74

VII – DEMOKRATIE, GRUNDWERTE UND EUROPA 76

1. Europa und deutscher Föderalismus	78
2. Demokratie bewahren	78

VIII – KLIMA, ENERGIE, TECHNIK UND DIGITALISIERUNG**80**

1. Klima	82
2. Energie	83
3. Technik	86
3.1 Natur, Technik und Landwirtschaft in Einklang bringen	86
3.2 Digitalisierung: Chancen nutzen, Risiken minimieren	86
3.3 Digitale Freiheit und Souveränität als Leitprinzip	87
3.4 Datenschutz und Abwehr staatlicher Überwachung	87
3.5 Digitale Infrastruktur und Daseinsvorsorge	88
3.6 Kampf gegen „Desinformation“	88
3.7 Künstliche Intelligenz	88
3.8 Schutz des Bargelds – Nein zum digitalen Euro	89
3.9 Digitalisierung im Dienst der Bürger	89
3.10 Subventionen, Dirigismus und Industrie	89
3.11 Digitalen Rückstand in Baden-Württemberg beenden	90

IX – WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK**94**

1. Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit	95
1.1 Entbürokratisierung	95
1.2 Senkung von Energiekosten	98
1.3. Digitale Nachfolgeplattform	98
1.4 Automobilindustrie retten – Schlüsselindustrie erhalten	99
1.5 Neuausrichtung der Verkehrsinfrastrukturpolitik	101
2. Fachkräftemangel	101
3. Für eine gerechte und zukunftsweisende Sozialpolitik	102
3.1 Familien lastengerecht besteuern	102
3.2 Altersarmut verhindern	102
4. Unser Konzept für eine Grundsicherung für Arbeitssuchende	103
4.1 Grundsicherung	103

X – ZUWANDERUNG, ASYL, STAATSANGEHÖRIGKEIT**106**

1. Abschiebungen unerschrocken durchsetzen	108
2. Zentrale Abschiebebehörde erweitern und ausbauen	108

3. Identitätsbetrug und Abschiebevereitelung bekämpfen	108
4. Den Sozialmagneten abschwächen	109
5. Organisation der Asyl-Unterbringung neu regeln	110
6. Soziale Ungerechtigkeit beenden	110
7. Staatsbürgerschaft weder verramschen noch verschenken	111

XI – INFRASTRUKTUR, VERKEHR, BAUEN, WOHNEN UND PLANUNG**112**

1. Schutz der Automobilwirtschaft	114
1.1 Technologieoffenheit statt E-Mobilitätszwang	114
1.2 Unterstützung von Zulieferern im Strukturwandel	115
2. Mobilität garantieren	115
2.1 Förderung individueller Mobilität, kein Zwang zum ÖPNV	115
2.2 Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur	116
2.3 Digitalisierung des Straßenverkehrs durch Einsetzung modernster Technik	117
2.4 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Flugverkehr	118
2.5 Abschaffung des Landesmobilitätsgesetzes	118
3. Bauen und Wohnen	119
3.1 Migration, Nachfrage	119
3.2 Grundsteuer	120
3.3 Wohneigentum für alle ermöglichen	120
3.4 Senkung der Grunderwerbsteuer und steuerliche Absetzbarkeit der Bauzinsen	121
3.5 Energiepolitische Maßnahmen – Anlagenpflicht ersatzlos streichen	121
3.6 Landesbauordnung	122
3.7 Einrichtung von Nachrangdarlehen zur Eigenkapitalbereitstellung	122

XII – AUSSEN- & SICHERHEITSPOLITIK, ENTWICKLUNGSHILFE & AUSSENWIRTSCHAFT**124**

1. Außenpolitik	126
1.1 Außenpolitik: Interessenbasiert in einer multipolaren Welt	126
2. Europa: Kooperation nach Subsidiarität statt Zentralismus	126
3. Außenwirtschaft: Technologieoffen, marktwirtschaftlich, exportstark	127
4. Entwicklungszusammenarbeit: Zuständigkeiten klären, Landeshaushalt entlasten	128
5. Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Starke Landesverteidigung, Krisenfestigkeit	128



ERSTE HILFE FÜR UNSER LAND

9-Punkte-Sofortprogramm einer von der AfD
geführten Landesregierung für Baden-Württemberg

ERSTE HILFE FÜR UNSER LAND

9-Punkte-Sofortprogramm für die ersten 100 Tage einer von der AfD geführten Landesregierung für Baden-Württemberg

Baden-Württemberg, einst das Musterland des deutschen Wohlstands und der Innovation, ringt nach zehn Jahren grün-schwarzer Regierung mit grundlegenden Problemen.

In maroden Schulen fällt der Putz von der Decke. Unsere Kinder lernen immer weniger – vor allem Wissen, das sie wirklich brauchen. Rentner, die einst unser Land mit aufgebaut haben, wühlen im Müll nach Pfandflaschen. Ihre Rente reicht trotz jahrzehntelanger harter Arbeit kaum zum Leben. Die Wirtschaft ächzt unter einem Berg von Bürokratie, Steuern und immer radikaleren Auflagen – im Namen einer alarmistischen Klimahysterie. Viele Bürger haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Von alten Selbstverständlichkeiten haben sich die Baden-Württemberger längst verabschiedet: dem eigenen Haus, dem eigenen Auto und dem eigenen Aufstieg. Auf unseren Straßen und Marktplätzen kommt es immer wieder zu brutalen Gewaltausbrüchen – wie zuletzt beim entsetzlichen Messermord von Mannheim. Verübt von Migrant*innen, die unsere Kultur und unsere Werte ablehnen. Wer diese Zustände offen kritisiert, wer die Verantwortlichen klar benennt, muss inzwischen fürchten, von der Justiz verfolgt zu werden. Und schließlich unterstützt die grün-schwarze Landesregierung auch noch eine zerstörerische, teure Außenpolitik des Bundes, welche unser Land in unnötige Konflikte stürzt und Europa destabilisiert, statt deutschen Interessen zu dienen.

Diese Zustände sind untragbar. Sie sind das Resultat von ideologischer Verblendung und politischem Versagen der Grünen und ihren sozialdemokratischen und christdemokratischen Koalitionspartnern.

Die größte Stärke der Demokratie ist, dass sie sich selbst korrigieren kann. Baden-Württemberg muss nicht weiter verfallen. Unsere Landsmänner und Landsfrauen haben am 8. März 2026 die Wahl: Sie können bei der Landtagswahl den Kurs der herrschenden Parteien bestätigen oder sie können die Weichen umstellen und unser Land in die richtige Richtung lenken.

Markus Frohnmaier tritt als Ministerpräsidentenkandidat der AfD an, um den Niedergang unseres Landes zu stoppen. Er weiß, dass niemand die Schäden jahrzehntelanger Misswirtschaft in nur fünf Jahren vollständig beheben kann. Dafür sind sie zu gravierend. Aber er wird als Ministerpräsident die nötigen Weichen stellen, damit Baden-Württemberg langfristig wieder gesundet und wieder das Musterland wird, in dem jeder Bürger in Sicherheit, Wohlstand und Freiheit leben kann.

Zu diesem Zweck legen die Alternative für Deutschland und ihr Ministerpräsidentenkandidat das folgende Sofortprogramm für Baden-Württemberg vor. Diese Maßnahmen müssen innerhalb der ersten 100 Tage einer AfD-geführten Landesregierung umgesetzt werden. Unser Programm ist keine unrealistische Fantasie, wenn man bedenkt, dass die AfD mittlerweile eine der stärksten politischen Kräfte ist.

Die Umsetzung dieses Programms setzt aber in der Tat ein so starkes Wahlergebnis voraus, dass ein Umdenkprozess bei unseren politischen Wettbewerbern an der Wahlurne erzwungen wird. Nur dann werden diese bereit sein, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen, und bereit sein, ihre bisherige Politik zu ändern. Der Wähler hat es in der Hand.

1. ENERGIEPREISE REDUZIEREN

Hauptursache für die ungenügende wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land sind die hohen Energiepreise. Von der Industrie über die Gastronomie bis hin zur Steckdose in den eigenen vier Wänden ist nahezu jeder vom gleichen Problem betroffen: Die Stromrechnung ist zu hoch!

Wir werden dafür sorgen, dass Baden-Württemberg die niedrigsten Strompreise in ganz Deutschland hat. **Dafür werden wir als erste Sofortmaßnahme die über 400 Millionen Euro, die von der bisherigen Landesregierung jährlich in weitgehend wirkungsfreie Klimaschutzmaßnahmen gesteckt wurden, in einen landeseigenen Energierabatt für Unternehmen und Bürger umleiten.** Dies wäre auch ein Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern mit höheren Energiepreisen. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf soll nach fünf Jahren AfD-Regierung Baden-Württemberg Bayern überholen!

Das ist aber nur eine Sofortmaßnahme, um die größte Not im Rahmen der Mittel der Landespolitik zu lindern. Langfristig müssen die Energiepreise durch Marktmechanismen, konkret durch den Ausbau des Energieangebots, reduziert werden. Dies setzt voraus, dass der Bund seine Politik grundlegend ändert und beispielsweise den Neubau von Kernkraftwerken wieder gestattet. AfD-Ministerpräsident Frohnmaier würde fortwährend Druck auf die Bundesregierung ausüben.

2. AUTOMOBILINDUSTRIE RETTEN

Die Automobilindustrie ist für unser Baden-Württemberg nicht nur einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, sondern geradezu identitätsstiftend. „Ich schaff’ beim Daimler“ oder „Ich schaff’ beim Bosch“ sind Sätze, die vielen fleißigen Baden-Württembergern auch heute noch über die Lippen gehen. Doch dieser Wirtschaftszweig, der so vielen Bürgern in unserem Land Arbeit gibt und zu unserem Wohlstand beiträgt, ist gefährdeter denn je: durch immer schwierigere Standortbedingungen, einen Fachkräftemangel im Bereich IT und Elektronik und nicht zuletzt durch eine zunehmend drakonische staatliche Regulierung, bis hin zum Verbot der Neuzulassung von Automobilen mit Verbrennungsmotor.

Eine AfD-Regierung würde alle ihr zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung setzen, um die Automobilindustrie in Baden-Württemberg zu retten. Ministerpräsident Frohnmaier würde ein „**Buy BW**“-Programm aufsetzen, durch das **alle öffentlichen Unternehmen und Behörden des Landes** verpflichtet wären, für ihren Fuhrpark künftig nur noch Automobile aus baden-württembergischer Produktion zu erwerben.

Dem entgegenstehende europa- und bundesrechtliche Regelungen müssen entsprechend geändert werden. In diesem Zuge würde die Landesregierung auch den Druck auf den Bund und die Europäische Union erhöhen, um das **EU-Verbrennerverbot** zu kippen und weitere wirtschafts- und arbeitnehmerfeindliche Maßnahmen wie **Lieferkettengesetze und -richtlinien** wieder aufzuheben.

3. LANGFRISTIG INVESTIEREN OHNE SCHULDENBERGE (BADEN-WÜRTTEMBERG-FONDS)

Die Infrastruktur in Baden-Württemberg – seien es Straßen, Brücken, Schulen oder die Netze für Internet und Mobilfunk – ist vielerorts marode. Investitionen sind dringend nötig. Darüber besteht parteiübergreifend Einigkeit. Doch sie dürfen nicht auf dem Rücken unserer Kinder und Enkel erfolgen. Eine Sanierung auf Pump, die künftigen Generationen Schuldenberge hinterlässt und die Staatsfinanzen ruiniert, wäre der falsche Weg.

Deshalb werden wir innerhalb der ersten 100 Tage einen dauerhaften, landeseigenen Investitionsfonds einrichten, der sich am norwegischen Rentenfonds orientiert. Dieser **Baden-Württemberg-Fonds** erwirtschaftet **Erträge an den Kapitalmärkten**, wächst mit der Zeit und reinvestiert einen Teil seiner Gewinne. Der andere Teil wird schrittweise für zusätzliche Investitionen in Infrastrukturprojekte neben den Ausgaben im Landeshaushalt eingesetzt. Finanziert wird der Fonds durch Einsparungen im Landeshaushalt – im Einklang mit der Schuldenbremse, wie sie vor ihrer Verstümmelung durch Bundeskanzler Friedrich Merz in der Verfassung vorgesehen war.

Langfristig investieren statt kurzfristig Schulden machen: Das ist unser Prinzip. Den Fonds werden wir im Rahmen der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in der Landesverfassung absichern, um sein Vermögen vor dem Zugriff künftiger Regierungen zu schützen.

4. GROSSE BILDUNGSWEDE EINLEITEN

Baden-Württemberg war einst das Bildungsland Nummer eins in Deutschland. Unsere Schüler gehörten zu den besten, unsere Lehrer zu den engagiertesten, unsere Schulen zu den leistungsstärksten. Doch das ist nach den Bildungsexperimenten der Grünen Vergangenheit. Heute brechen immer mehr Jugendliche die Schule ohne Abschluss ab, Lehrer resignieren angesichts wachsender Disziplinlosigkeit, Eltern sind besorgt wegen ideologischer Bevormundung, und Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik sind bei vielen Schülern nicht mehr vorhanden. Der Bildungsabstieg unter grün-schwarzer Führung ist dramatisch.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird diesem Niedergang ein Ende setzen – mit einer **umfassenden Bildungsweide, die auf drei Prinzipien basiert: Leistung, Disziplin und Identität.** Zu diesem Zweck werden wir in den ersten 100 Tagen eine fundamentale Überarbeitung der Lehrpläne in Auftrag geben, mit dem Ziel, wieder einen Schwerpunkt auf die Vermittlung von prüfbarem Wissen zu setzen und MINT-Fächer zu priorisieren. Zudem werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass es grundsätzlich verboten wird, dass Schüler ihre Schullaufbahn beenden, ohne zuvor ausreichende Deutschkenntnisse nachzuweisen. Auch werden wir die Disziplin an Schulen durch den Erlass eines fest vorgeschriebenen **Verhaltenskodexes** steigern; Verstöße werden konsequent und unabhängig von der Herkunft sanktioniert.

Schließlich werden wir dafür sorgen, dass innerhalb von 100 Tagen alle öffentlichen Schulen im Land mit Schwarz-Rot-Gold beflaggt werden. Wir setzen auf Exzellenz statt Gleichmacherei, auf Ordnung statt Chaos, auf deutsche Leitkultur statt Beliebigkeit. Die Kinder von Baden-Württemberg verdienen nichts weniger.

5. VOLKSENTSCHEID ÜBER MIGRATION

Wir werden die bisherige, aus unserer Sicht katastrophale Migrationspolitik den Bürgern in Baden-Württemberg zur Abstimmung vorlegen und innerhalb der ersten 100 Tage unserer Regierung ein **landesweites Referendum** organisieren. In diesem Referendum werden wir drei Maßnahmen zur Abstimmung stellen:

- Die lückenlose Zurückweisung aller Migranten ohne Aufenthaltsrecht an den Außengrenzen,
- die Inhaftierung aller Ausländer in Abschiebegewahrsam, die ihrer Ausreisepflicht nicht nachkommen, zur Erreichung einer Erfolgsquote von 100 Prozent bei Abschiebungen und
- die komplette Umstellung sämtlicher Sozialleistungen für Asylbewerber auf Sachleistungen.

Wenn sich das Volk hierfür mehrheitlich ausspricht, werden wir mit diesem Rückenwind alle Hebel in Bewegung setzen, um diese Maßnahmen in Baden-Württemberg umzusetzen. Das beinhaltet den Aufbau einer landeseigenen Grenzschutzpolizei, den massiven Ausbau von Abschiebehaftplätzen und die Ersetzung der missbrauchsanfälligen Bezahlkarte für Asylbewerber durch reine Sachleistungen. Konflikte mit dem Bund werden hier natürlich vorprogrammiert sein – weswegen wir das Referendum benötigen, um diesen Konflikt mit dem Bund erfolgreich als Landesregierung durchzustehen. Auch die Bundesregierung kann nicht dauerhaft Politik gegen das eigene Volk machen. Wir werden alle rechtlichen Mittel, die uns als Land zur Verfügung stehen, ausschöpfen, um dem Willen des Volkes Geltung zu verschaffen. Und um zusätzlichen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, werden wir **aus der Flüchtlingsverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel aussteigen und einen generellen Aufnahmestopp verhängen**, bis die Grenzen wieder gegen illegale Übertritte geschützt sind.

6. INNERE SICHERHEIT WIEDERHERSTELLEN

Baden-Württemberg steuert unter der grün-schwarzen Landesregierung sicherheitspolitisch auf den Abgrund zu: Die Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum ist allein im Jahr 2023 regelrecht explodiert – ein Anstieg um 12,3 Prozent auf über 10.000 Fälle markiert ein trauriges Zehnjahreshoch. Während Grüne und CDU von „bunter Vielfalt“ schwärmen und Täterschutz über Opferschutz stellen, verlieren immer mehr Menschen das Vertrauen in den Rechtsstaat. Der öffentliche Raum verkommt zum rechtsfreien Raum – und die grün-schwarze Regierung schaut bestenfalls tatenlos zu, schlimmstenfalls behindert sie eine effektive Kriminalitätsbekämpfung.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird daher resolut gegen gewalttätige Kriminelle vorgehen. **Innerhalb der ersten 100 Tage werden wir ein landeseigenes Register zur Erfassung von Wiederholungstätern und nach bayerischem Vorbild eine polizeiliche Präventivhaft gegen gefährliche Gewaltkriminelle einführen. Zudem werden wir die Richtlinien für Staatsanwälte so überarbeiten lassen, dass diese bei wiederholten Gewalttaten zwingend auf Verurteilungen zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung hinzuwirken haben.** Ziel muss es sein, notorische Gewalttäter aus dem Verkehr zu ziehen und unsere Bürger zu schützen. Kriminelle Ausländer sind natürlich ausnahmslos abzuschieben.

7. DEMOKRATIE UND MEINUNGSFREIHEIT SCHÜTZEN

In einer echten Demokratie darf das freie Wort nicht zur Straftat erklärt werden. Es ist inakzeptabel, dass Bürger mit Hausdurchsuchungen oder Haftstrafen rechnen müssen, nur weil sie im

Internet ein satirisches Meme teilen, einen Politiker scharf kritisieren oder sich in der Alltagssprache Luft machen. Meinungsfreiheit endet nicht dort, wo Empfindlichkeiten beginnen – sie beginnt genau da. Eine reife Demokratie muss auch unbequeme, provokante und emotional gefärbte Äußerungen aushalten – gerade dann, wenn sie dem Mainstream widersprechen. Denn nicht das harmonische Schweigen ist das Fundament unserer freiheitlichen Ordnung, sondern der offene Diskurs. Ansonsten verkommt die Meinungsfreiheit zu einer Schönwetterfreiheit, die nur für bequeme Äußerungen gilt.

Die von der AfD geführte Landesregierung wird Baden-Württemberg deshalb in den ersten 100 Tagen zum „Raum der freien Rede“ erklären. Staatsanwaltschaften im Land werden dazu verpflichtet, bei bloßen Äußerungsdelikten – insbesondere im digitalen Raum – das Gebot der Verhältnismäßigkeit strikt anzuwenden. Ermittlungsverfahren, die allein wegen Meinungsäußerungen geführt werden, sind im Regelfall nach § 153 StPO einzustellen.

Zudem werden wir im Bund darauf hinwirken, dass der § 188 StGB wieder abgeschafft wird – ein Sondergesetz, das ausgerechnet die privilegierte Klasse der Politiker strafrechtlich besonders schützt und das missbraucht werden kann, um die Politik gegen Kritik zu immunisieren und Bürger davon abzuschrecken, ihr Recht auf freie Rede auszuüben.

Zugleich wird sich die Landesregierung entschieden gegen digitale Zensur wehren. Insbesondere wird sie juristisch prüfen lassen, ob bestimmte EU-Verordnungen und -Richtlinien zur Beschränkung der Meinungsfreiheit im Internet die Kompetenzen der Europäischen Union überschreiten – also ultra vires erlassen wurden. Wo dies der Fall ist, werden wir den Vollzug dieser Vorschriften im Land aussetzen. Nationale Souveränität beginnt beim Schutz der Grundrechte.

8. LETZTE CHANCE FÜR DEN ÖRR

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat seinen Auftrag verfehlt. Anstatt neutraler und unparteilicher Berichterstattung erleben die Bürger immer öfter politische Einseitigkeit und die systematische Ausgrenzung unliebsamer Meinungen. Finanziert wird dieses System, das den Intendanten und Direktoren fürstliche Gehälter beschert, durch eine der höchsten Rundfunkzwangsgebühren weltweit – unabhängig davon, ob man das Angebot nutzt oder nicht.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird innerhalb der ersten 100 Tage eine Totalreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Bedingung für den Verbleib Baden-Württembergs im Medienstaatsvertrag machen. Wir fordern: radikale Verschlinkung um mindestens 90%, Konzentration auf Grundversorgung mit Information, Bildung und Kultur, vollständige **Abschaffung des Zwangsgebührenmodells zugunsten eines Finanzierungsmodells, das sich durch Abgaben auf Medienerzeugnisse finanziert.** Außerdem: Demokratisierung der Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch direkte Wahl statt Installation von partei- und verbandsnahen Funktionären in den Rundfunkräten.

Die anderen fünfzehn Bundesländer haben ab dem Tag des Regierungsantritts 100 Tage Zeit, diesem Reformvorhaben verbindlich zuzustimmen. **Erfolgt keine Einigung, wird Ministerpräsident Frohnmaier mit seiner Unterschrift den Austritt Baden-Württembergs aus dem Medienstaatsvertrag erklären** – und damit den Weg frei machen für ein eigenes, bürgernahes und ideologiefreies Rundfunkmodell in unserem Land.

9. KURSWECHSEL IN DER AUSSENPOLITIK

Die derzeitige Außenpolitik des Bundes ist geprägt von moralischer Selbstüberhöhung („wertgeleitete und feministische Außenpolitik“), ideologischer Konfrontation und wirtschaftlichem Selbstschaden – zum Nachteil Deutschlands und besonders Baden-Württembergs. Die Folgen dieser verantwortungslosen Fehlentscheidungen spürt Baden-Württemberg besonders hart: Sanktionen gegen Russland haben unsere Industrie und Landwirtschaft schwer geschädigt, während sie den Krieg in der Ukraine nicht beenden konnten. Statt Diplomatie erleben wir eine gefährliche Eskalationsspirale – mit immer neuen Milliardenhilfen und Waffengeschenken, während unsere eigene Bundeswehr kaum mehr einsatzfähig ist. Zugleich unternimmt man nichts, um Deutschland gegen echte Angriffe von außen zu verteidigen – etwa durch ein stringentes Vorgehen nach der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines. Schließlich belasten uns auch seit Neuestem US-Zölle unter Präsident Donald Trump – eine Reaktion darauf, dass die Europäische Union ihrerseits teilweise höhere Zölle auf US-Produkte erhebt, und ein unmissverständliches Signal, dass man sich mit dem Dealmaker Trump an den Verhandlungstisch setzen muss, statt ihn politisch zu diffamieren.

Eine AfD-geführte Landesregierung wird nicht länger kritiklos der außenpolitischen Agenda der Bundesregierung folgen. Auch wenn Außenpolitik Bundessache ist: Im Bundesrat hat Baden-Württemberg eine starke Stimme – und wir werden sie nutzen und auf unsere eigene Weise Impulse setzen. **AfD-Ministerpräsident Frohnmaier wird innerhalb der ersten 100 Tage sowohl in die Vereinigten Staaten als auch nach Russland reisen, um die wirtschaftlichen Beziehungen des Landes Baden-Württemberg wiederzubeleben.** Dies wird der Startschuss für die Verbesserung der Handelsbeziehungen von Baden-Württemberg mit der ganzen Welt sein, sowohl mit dem

Westen als auch mit dem Osten. Zudem wird eine AfD-geführte Landesregierung dauerhaft im Bundesrat einen Sperrriegel gegen die Fortsetzung einer selbstschädigenden Außenpolitik bilden. Ob Waffenexporte in Kriegsgebiete, Wirtschaftssanktionen oder Grundgesetzänderungen, um weitere Milliarden ins Ausland zu pumpen – bei all diesen Fragen wird Baden-Württemberg künftig seine Zustimmung im Bund verweigern.

Baden-Württemberg wird unter einer AfD-Regierung zum außenpolitischen Korrektiv der Bundespolitik werden – für eine souveräne, wirtschaftlich kluge und friedensfördernde Politik im eigenen Interesse.



GELD- UND WÄHRUNGSPOLITIK FINANZEN & STEUERN

I – Geld- und Währungspolitik – Finanzen und Steuern

1. Die Ausgangslage: Ein aus den Fugen geratener Landeshaushalt

Bei den Personalausgaben des Landes in der Kernverwaltung verzeichnet Baden-Württemberg für den Zeitraum 2015 bis 2024 einen Anstieg um 37 Prozent auf 21,6 Milliarden Euro. Für Versorgungsbezüge gab das Land 2024 insgesamt 6,5 Milliarden Euro aus; 2,3 Milliarden mehr als noch im Jahr 2015. Dies entspricht sogar einem Anstieg um 55 Prozent. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betrugen am Ende des Jahres 2023 bereits 218,5 Milliarden Euro.

In Baden-Württemberg ist inzwischen eine Vergrößerung der Verwaltungsstrukturen eingetreten, die mit den Anforderungen an eine effektiv handelnde Exekutive nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Die von den Landesregierungen über Jahrzehnte betriebene Aufblähung der öffentlichen Verwaltung ist insbesondere bei den Ministerien festzustellen.

Es haben sich mittlerweile Personalkosten aufgetürmt, die den finanziellen Handlungsspielraum unseres Landes auf Jahrzehnte hinaus einschränken werden.

1.1 Neuordnung und Zusammenlegung der Ministerien

Die AfD hält an ihrem Vorschlag fest, Ministerien zu bündeln und deren Zahl von derzeit zwölf auf sieben bis acht zu reduzieren. Das Innenministerium soll vollständig für Migration und Asyl zuständig werden. Das Wirtschaftsministerium soll gestärkt werden; dafür sind das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen sowie das Verkehrsministerium aufzulösen und deren Aufgaben zu

integrieren.

1.2 Verbindliches Stelleneinsparprogramm im Staatshaushaltsgesetz

Die frühere Verpflichtung zur jährlichen Reduzierung von Planstellen wurde 2017 ausgesetzt. Künftig sollen wieder mindestens 250 Stellen pro Jahr abgebaut werden.

1.3 Stärkung der Finanzkraft der Länder

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer soll erhöht und die Hebesatzrechte bei einer Grunderwerbsteuer sollen erweitert werden. Kommunen sollen künftig ein Hebesatzrecht beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhalten (Art. 106 Abs. 5 S. 3 GG).

1.4 Einrichtung eines neuen landeseigenen Investitionsfonds

Baden-Württemberg soll einen aus Haushaltseinsparungen gespeisten „Baden-Württemberg-Fonds“ aufbauen. Die Mittel sollen ausschließlich in die Verkehrsinfrastruktur fließen und nicht für wirtschaftspolitische Transformationsprojekte verwendet werden.

1.5 Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen den Ländern

Der seit 2020 geltende Finanzkraftausgleich führt zu einer weiterwachsenden Kluft zwischen Geber- und Nehmerländern. 2025 überstieg die Ausgleichssumme erstmals 11 Milliarden Euro, getragen von nur vier Geberländern.

Die AfD hält diese Entwicklung für untragbar, insbesondere da einige Nehmerländer keine Strukturreformen vornehmen. Sie unterstützt die bayerische Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und fordert eine erneute Reform des Ausgleichssystems.

2. Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen

2.1. Die Ausgangssituation: Eine dramatische finanzielle Schieflage

Das Defizit der baden-württembergischen Kommunen stieg 2024 auf knapp 3 Milliarden Euro. Personalausgaben haben sich binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt; Sozialausgaben legten im Land in vier Jahren um 40% auf fast 10 Milliarden Euro zu. Die Steuereinnahmen stagnieren.

2.2. Politische Versprechungen auf dem Rücken der Kommunen

Bund und Länder übertragen häufig neue Aufgaben auf die Kommunen, ohne für die notwendige Gegenfinanzierung zu sorgen – etwa bei Ganztagsbetreuung, Kitas oder Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die Unterbringung von Asylbewerbern bleibt ein zusätzliches Kostenrisiko.

2.3. Reformbedürftige Finanzbeziehungen zwischen dem Land Baden-Württemberg und seinen Kommunen

Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) verfehlt seine Ziele. Er sichert weder eine ausreichende Mindestausstattung, noch schafft er Anreize zur Pflege eigener Steuerquellen. Zweckgebundene Förderprogramme verstärken die Abhängigkeit der Kommunen vom Land; die Finanzausgleichsumlage belastet sie zusätzlich.

2.4 Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen

Gefordert wird ein zweigliedriges KFA-Modell:

- Kernaufgaben: Sicherung der verfassungsrechtlich garantierten Mindestausstattung, inklusive eines Grundbestands freiwilliger Aufgaben (z. B. Kultur, Sport).
- Zusatzaufgaben: Finanzierung gemäß Leistungsfähigkeit des Landes zur Schaffung zusätzlicher Gestaltungsspielräume der Kommunen.



FAMILIE UND DEMOGRAFIE

II – Familie und Demografie

1. Familien tragen die Gesellschaft

Wir bekennen uns zum Leitbild der Kernfamilie, die aus Vater, Mutter und Kindern besteht. Gleichzeitig erkennen wir an, dass nicht alle Kinder innerhalb dieser Lebensform aufwachsen.

Alle Bürger, auch die Kinderlosen sowie der Staat insgesamt, profitieren von den Leistungen, die Eltern erbringen. Die Versorgung im Alter kann nur durch die nachwachsende Generation gewährleistet werden.

Die AfD Baden-Württemberg stellt sich daher hinter das bundespolitische Konzept zur Familienpolitik der Alternative für Deutschland. Unsere Konzepte zur Familienpolitik möchten die demografischen Probleme lösen durch eine Bekämpfung des Geburtenrückgangs, durch gesellschaftliche Wertschätzung und Entlastung von Familien und Kindern ebenso wie Unterstützung im Alter.

2. Die Zukunft unserer Heimat liegt in deutschen Kinderzimmern – nicht in Ankunftscentren für Asylbegehrende!

Migration kann nur bereichern, wenn sie gesteuert, zielgerichtet und begleitend erfolgt. Eine unkontrollierte und überfordernde Massenmigration, wie wir sie seit Jahren erleben, führt zusehends zu gesellschaftlichen Spannungen, gefährdet die innere Sicherheit und führt letztendlich zum Kollaps unserer Sozialsysteme.

Insbesondere Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung beruhen auf der Voraussetzung, dass nachfolgende Generationen mindestens ähnlich groß sind wie die vorhergehenden. Dies ist wegen des Geburteneinbruchs seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr der Fall. Während sich alle anderen Parteien mit der demografischen

Katastrophe arrangiert haben und damit seit ca. 50 Jahren den stark zeitverzögerten Zusammenbruch unserer Sozialsysteme billigend in Kauf nehmen, fordert die AfD die demografische Wende.

Kinder sind kein Randthema – sie sind der Kern unserer Zukunft. Migration darf nie zur Ersatzlösung für demografische Herausforderungen werden. Ein zukunftsfähiges Land braucht gut ausgebildete, motivierte und selbstbewusste junge Menschen. Das erreichen wir nur über hochwertige Bildung, den Schutz kindlicher Entwicklungsmöglichkeiten und eine aktive Familienpolitik.

3. Weniger Steuern, mehr Unterstützung

Familien müssen daher einen spürbaren Teil der finanziellen Mehrbelastungen abgenommen bekommen. Die AfD fordert auf Bundesebene insbesondere das steuerliche Familiensplitting, eine Rückzahlung von Rentenbeiträgen von 20.000 Euro pro Kind oder eine entsprechende Freistellung von künftigen Zahlungen.

4. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen oder bei Tagesmüttern muss ab dem Alter von zwei Jahren kostenfrei sein. Hierbei muss das Land Baden-Württemberg eine unterstützende Funktion einnehmen.

Zudem müssen die Arbeitszeiten bzw. die Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs zugunsten von Familien weiter flexibilisiert werden (z. B. durch Jobsharing). Die AfD möchte Unternehmen, die Familien mit diesen Maßnahmen unterstützen, gezielt fördern.

5. Familienfreundlichen Wohnraum schaffen: Eigenheim statt Enteignung!

Auf Landesebene möchten wir familienfreundlichen Wohnraum fördern. Der Erwerb von Wohneigentum soll Eltern dahingehend erleichtert werden, indem die Schuldsomme pro Kind vermindert wird. Ergänzend zu unseren bundespolitischen Forderungen halten wir den Besitz von Wohneigentum für einen elementaren Bestandteil der eigenen Altersvorsorge, aber auch für einen nachhaltigen Umgang mit den eigenen Finanzen, da die meisten ihr Eigentum später den Kindern vererben wollen. Neben der Abschaffung der Grundsteuer halten wir auch die Abschaffung der Erbschaftsteuer für geboten, die unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erben erhoben wird und ein bereits mehrfach versteuertes Vermögen betrifft.

6. Entlastung für pflegende Angehörige – Versorgungslücken schließen!

Der Zeitaufwand für die Betreuung und alltägliche Unterstützung pflegebedürftiger Menschen darf nicht unbeachtet bleiben.

Die Kurzzeitpflege spielt eine zentrale Rolle bei der Überbrückung akuter Pflegesituationen, wie nach einem Krankenhausaufenthalt, sowie in der Entlastung pflegender Angehöriger, welche oft emotional belastet und körperlich erschöpft sind. Wir setzen uns daher für gezielte Maßnahmen ein, die den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen in Baden-Württemberg nachhaltig unterstützen. Dies umfasst Förderungen wie auch den Abbau des bürokratischen Aufwands.

7. Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene

Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Ohne dieses Recht kann auch kein anderes Menschenrecht in Anspruch genommen werden.

Allein in Baden-Württemberg wurden, laut dem Statistischen Landesamt, 11.400 Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2023 durchgeführt. Wir sehen dies äußerst kritisch. Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert dadurch eine Bagatellisierung dieses schwerwiegenden Eingriffs. Ziel der Schwangerschaftskonfliktberatung sollte immer sein, ungeborenes Leben zu schützen und Schwangeren Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch aufzuzeigen. Nicht zuletzt wollen wir die Möglichkeit der anonymen und vertraulichen Geburt weiter ausbauen, die Verfügbarkeit von Babyklappen in Baden-Württemberg sicherstellen und Adoptionsverfahren erleichtern.

Jede Frau hat das Recht, bei der Entbindung, der Vor- und der Nachsorge von einer Hebamme betreut zu werden. Leider droht gerade in ländlichen Regionen ein Mangel an freiberuflichen Hebammen. Für viele dieser Hebammen sind die hohen Haftpflichtprämien ihrer Versicherungen existenzbedrohend. Um entsprechende Risiken abzufedern, ist ein ausreichend bemessener Unterstützungsfonds aus Landesmitteln einzurichten, mit dem ein Zuschuss zu den Haftpflichtprämien der Hebammen geleistet werden kann.

8. Rechte schützen, Pflichten tragen

Aus gutem Grund wird die Familie in Artikel 6 des Grundgesetzes unter den besonderen Schutz staatlicher Ordnung gestellt. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und eine zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.

Die zunehmende Einmischung des Staates in die inneren Angelegenheiten der Familie stellt eine Bevormundung der Eltern dar und verletzt ihre elterlichen Rechte.

Kinder und Jugendliche sind „gegen Ausbeutung, Vernachlässigung und gegen sittliche, geistige, körperliche und seelische Gefährdung zu schützen“ (Art. 13): Dazu gehört auch der Schutz vor einer seelischen Gefährdung durch Frühsexualisierung und Gender-Ideologie.

9. Talentabwanderung stoppen, Fachkräfte zurückgewinnen

Die demografische Schieflage kann nicht durch massenhafte Zuwanderung von Geringqualifizierten und Sozialhilfeempfängern gelöst werden. Der sich verstärkenden Abwanderung von Hochqualifizierten muss dringend entgegengewirkt werden. Statt einer „Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften“, wie durch CDU-Ministerin Marion Gentges umgesetzt, braucht es eine Landesagentur zur Rückgewinnung von Fachkräften.



INNERE SICHERHEIT, JUSTIZ & DATENSCHUTZ

III – Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz

Keine Freiheit ohne Sicherheit, keine Sicherheit ohne Recht

Ohne Sicherheit keine Freiheit und kein Wohlstand. Innere und äußere Sicherheit sind die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens, wirtschaftlicher Stabilität und individueller persönlicher Entfaltung. Doch stehen Sicherheit und Freiheit immer auch im Konflikt: Wer das eine erhöht, tut dies notwendigerweise auf Kosten des anderen. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, ist Kernaufgabe der Politik und des öffentlichen Diskurses.

Die AfD ist die Partei von Recht, Ordnung und Sicherheit – dies ist ihr **konservatives** Element. Die AfD ist aber auch Partei der Freiheit – dies ist ihr **liberales** Element. Tatsächlich ist die AfD die einzige maßgebliche freiheitliche Partei in Deutschland. Unser Modell des Ausgleichs von Freiheit und Sicherheit beruht auf drei Säulen:

- **Unser Verständnis von Sicherheit:** Während für die anderen Parteien die **Überwachungskamera** das Modell von Sicherheit ist, ist für die AfD der **Zaun** das beste Sinnbild von Sicherheit. Denn der Zaun (die Grenze) schafft einen **sicheren, befriedeten Raum**, innerhalb dessen sich Freiheit entfalten kann. Die von den anderen Parteien angestrebte **totale Kontrolle durch permanente Überwachung** des Bürgers hingegen erstickt jeglichen Freiheitsgedanken bereits im Keim: Wer sich in seinen Bewegungen, seinen Meinungsäußerungen oder seiner wirtschaftlichen Aktivität permanent überwacht sieht, kann niemals frei sein. Er zensiert sich von vornherein selbst und zieht sich so aus der politischen Teilhabe zurück. **Der Überwachungs- und Kontrollwahn der anderen Parteien zerstört jene Freiheiten, die Voraussetzung von Demokratie sind.**

- **Recht und Ordnung:** Der Rechtsstaat gehört zu den größten Errungenschaften der Menschheitsgeschichte. Rechtsstaatlichkeit aber bedeutet, dass **Recht auch konsequent durchgesetzt** wird: Die Justiz muss effizient funktionieren und den Bürgern so Gerechtigkeit verschaffen. Die Exekutive muss effektiv sein, um Recht auch durchzusetzen und Sicherheit zu schaffen. Insbesondere darf es kein Zwei-Klassen-Rechtssystem geben, das Bürger für legitime Meinungsäußerungen oder die Nichtzahlung des Rundfunkzwangsbeitrags einsperrt, während illegal eingewanderte Gewaltstraftäter frei herumlaufen dürfen. Rechtsstaatlichkeit heißt auch: Staat und Regierung sind in ihrem Handeln an Verfassung und Gesetze gebunden. Dennoch wird seit Jahren Recht auf höchster Ebene gebrochen und unsere Rechtsordnung systematisch ausgehöhlt und unterminiert, wenn eine unkontrollierte Einwanderung zugelassen wird, wenn Bürger gezwungen werden, einen hochpolitisierten Rundfunk zu finanzieren, oder wenn Corona-Unrecht nicht aufgearbeitet wird.
- **Ordnung und Sicherheit entstehen basisdemokratisch:** Alle Aufgaben und Ordnungsleistungen, die auf Ebene der Kommunen erbracht werden können, müssen dort auch angesiedelt sein! Nur dies wird dem föderalen Gedanken und dem Subsidiaritätsprinzip gerecht. Wir stellen uns gegen die Politik der Altparteien, die zu immer mehr Zentralstaatlichkeit führt und gegen die Wahnvorstellung, Sicherheit könne zentralstaatlich von oben herab geschaffen und durchgesetzt werden. Sicherheit, Recht und Ordnung sind Resultat wie auch Garant einer Kultur des bürgerlichen Vertrauens. Das Gemeinwesen ist nur dort lebendig, wo Menschen von Angesicht zu Angesicht interagieren und Vertrauen tatsächlich leben: **in den Kommunen, Familien und Nachbarschaften** – nicht aber im abgeschotteten Regierungsviertel in Berlin!

Kurz: Sicherheit bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle, sondern **Vertrauen, Recht und Ordnung**. Sicherheit ist nicht durch immer umfassenderen Einsatz von Überwachungstechnologien zu erreichen, sondern durch **funktionierende demokratische Institutionen und gelebten Bürgersinn**.

1. Der verschlechterten Sicherheitslage effektiv begegnen

Dass sich die Sicherheitslage seit Jahren in ganz Deutschland drastisch verschlechtert, ist auch in Baden-Württemberg deutlich zu beobachten. Dies ist nicht nur ein Gefühl, wie die Altparteien nicht müde werden zu behaupten, sondern es ist durch die Polizeiliche Kriminalstatistik mit harten Daten nachgewiesen. Mögen die Medien und die anderen Parteien hier immer wieder von „Einzelfällen“ reden und die Tatsachen wegleugnen, so sind die Karten doch längst auf dem Tisch: Die unkontrollierte Masseneinwanderung insbesondere der vergangenen zehn Jahre hat eine erhebliche Zunahme der Kriminalität mit sich gebracht. Besonders augenfällig sind hier die Kategorien der Gewalt- und Sexualverbrechen. Hinzu kommt, dass eingewanderte Gruppen ihre ethnischen und religiösen Konflikte in unser Land mitbringen und hier offen austragen.

Der Staat muss seinem Schutzauftrag nachkommen. Die Sicherheit der eigenen Bürger muss endlich wieder oberste Priorität genießen!

Unsere Sicherheitsbehörden und unser Justizvollzugssystem sind ebenso wie unser Sozial- und Gesundheitssystem nicht auf die Anforderungen ausgelegt, die die unkontrollierte Masseneinwanderung mit sich brachte. Unsere Polizeibehörden sind überlastet, unterbesetzt und technisch nicht entsprechend ausgestattet. Hinzu kommt der mangelhafte politische Rückhalt. Unsere Justizvollzugsanstalten sind überfüllt mit Straftätern, die in unserem Land von Anfang an nichts verloren hatten: In allen kriminalitäts- und

sicherheitsbezogenen Problemfeldern sind Nichtstaatsbürger und Personen mit Migrationshintergrund aus bestimmten Kulturbereichen stark überrepräsentiert.

Unsere Maßnahmen zur Stärkung sind **kurzfristig umsetzbar** und **effektiv**:

- Wir befürworten einen spürbaren Personalzuwachs für die Polizei, insbesondere in den stark kriminalitätsbelasteten Städten. Nur dies erlaubt eine effektive Durchsetzung des Rechts. Ein Kontrollverlust, wie er im Jahr 2020 mit Ausschreitungen und Plünderungen in Stuttgart stattfand, darf in unserem Land nie wieder stattfinden! Von CDU-Innenminister Strobl wurde dies damals als „Partyszene“ verniedlicht – wir aber nehmen das Problem ernst und ziehen daraus die Lehre: Die Polizei braucht mehr Beamte, muss noch reaktionsschneller und durchsetzungsfähiger werden. Die Mittel hierzu kann und muss ihr die Politik an die Hand geben.
- Die AfD setzt auf eine flächendeckend präsente und handlungsfähige Landespolizei. Insbesondere im ländlichen Raum sind Polizeireviere und -posten personell und organisatorisch zu stärken, sodass kurze Reaktionszeiten und regelmäßige Präsenz vor Ort gewährleistet sind. Hierzu sind Dienststellenstruktur, Schichtmodelle und Streifenpräsenz zu überprüfen und bedarfsgerecht anzupassen.
- Städte und Gemeinden werden durch verbindliche Sicherheitskonferenzen, gemeinsame Präventionskonzepte und abgestimmte Einsatzplanungen mit den Ordnungsbehörden eng in die Sicherheitsarchitektur eingebunden.
- Unsere Polizei muss mit moderner Ausrüstung wie Tasern und Bodycams ausgestattet werden. Nur so können hochaggressive

Gewalttäter, die nicht selten unter Drogeneinfluss stehen, noch ohne Schusswaffeneinsatz und ohne übermäßige Gefährdung der Beamten gestoppt werden. Zu Recht ist die Schwelle für den Einsatz von Schusswaffen durch Polizeibeamte sehr hoch. Daraus aber folgt, dass wir unseren Polizisten auch unterhalb dieser Schwelle wirksame Mittel zum Fremd- und Selbstschutz an die Hand geben müssen.

- Die zunehmende Nutzung unbemannter Fluggeräte stellt Polizei und Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen. Nach Einschätzung der Deutschen Polizeigewerkschaft ist die Landespolizei Baden-Württemberg derzeit nicht in der Lage, Drohnen flächendeckend aufzuspüren oder abzufangen. Es fehlt an geeigneten Detektionssystemen, an klaren Zuständigkeiten und an der rechtlichen Grundlage für Eingriffe in den Funkverkehr oder für die Neutralisierung feindlicher Drohnen. Die AfD fordert daher ein landesweites Konzept zur Drohnenabwehr, das folgende Punkte umfasst:
 1. Technische Aufrüstung der Bereitschaftspolizei und der Hubschrauberstaffel mit Drohnenortungs- und Abwehrsystemen (Radar-, Funk- und optische Detektion, elektronische Gegenmaßnahmen).
 2. Rechtssichere Befugnisse für polizeiliche Eingriffe zur Abwehr von Gefahren durch Drohnen, insbesondere im Umfeld von sensiblen Einrichtungen, Großveranstaltungen und kritischer Infrastruktur.
 3. Koordination mit Bundesbehörden und kommunalen Ordnungsdiensten zur Erstellung eines landesweiten Lagebildes.
 4. Schulung spezialisierter Einheiten zur Bewertung und Bekämpfung von Drohnenbedrohungen. Baden-Württemberg darf bei dieser zentralen Sicherheitsfrage nicht weiter hinterhinken. Die AfD steht für den Schutz der Bürger durch eine moderne, technisch und rechtlich handlungsfähige Polizei.

- Wie in vielen anderen Organisationen ist auch in der Polizei das Verhältnis von Vollzugsbeamten zu Verwaltungsbeamten bzw. von der Erfüllung der eigentlichen Polizeiaufgaben zum bürokratischen Aufwand aus dem Lot. Auch hier braucht es daher ein Effizienzsteigerungsprogramm: Bürokratieabbau, Digitalisierung, Personalaufbau.
- Aufgrund der veränderten Migrationsdynamiken muss Baden-Württemberg auch die Grenzsicherung wieder ernst nehmen. Organisierte Kriminalität und Menschenhandel machen vor den Landesgrenzen nicht halt – schon gar nicht, wenn diese, wie gegenwärtig, ungesichert sind. Die AfD wird eine baden-württembergische Grenzpolizeieinheit schaffen, die eng mit den französischen und Schweizer Grenzschützern zusammenarbeitet. **Keine Sicherheit im Innern ohne gesicherte Grenzen nach außen!**

2. Rechtsstaat

Justiz und Exekutive müssen handlungsfähig sein. Dabei müssen die bürgerlichen Freiheiten kompromisslos gewahrt bleiben – **die AfD steht für Sicherheit, aber nicht für einen Überwachungsstaat, der regierungskritische Bürger drangsaliert.** Die Corona-Maßnahmen haben uns allen vor Augen geführt, wie leichtfertig und unbefangen die herrschende Politik bereit ist, uns unserer Grundrechte zu berauben. Es liegt auf der Hand, dass diese Methode auch im gegenwärtig viel diskutierten Spannungs- und Verteidigungsfall wieder angewendet werden soll! **Die AfD wird sich – wie schon während der Corona-Zeit – mit aller Kraft gegen die sich erneut anbahnende Aushöhlung bürgerlicher Freiheiten und Grundrechte stellen.**

Dass Bürger für legitime Meinungsäußerungen eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen müssen oder für zivilen Ungehorsam wie die Verweigerung von GEZ-Beiträgen inhaftiert werden,

während gewalttätige Mehrfachstraftäter auf freiem Fuß sind, ist eine Entwicklung, die schnellstmöglich beendet werden muss.

Freie Meinungsäußerung und Gleichheit vor dem Gesetz sind das A und O des demokratischen Rechtsstaates!

Diese Maßnahmen zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit sieht das Programm der AfD vor:

- Um das Vertrauen der Bürger in Rechtsstaat und Verfassung wieder zu stärken, ist ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen in der Corona-Zeit einzusetzen. Dies wurde von den Altparteien bislang vermieden und aktiv verhindert, aber nur so kann eine Aufarbeitung stattfinden, die den Geschädigten zu ihrem Recht verhilft und Gerechtigkeit herstellt.
- Der Tendenz zur Etablierung einer juristischen Kategorie des Denk- und Meinungsverbrechens muss ein Riegel vorgeschoben werden. Nicht nur öffentliche Meinungsäußerungen sind dabei vor dem Zugriff politisierter Strafverfolgungsbehörden zu schützen. Auch in die private Kommunikation unserer Bürger wollen EU und Altparteien nun durch Überwachung, Kontrolle und Zensur eingreifen. **Dieser totalitären Dystopie – sie bedeutet das Ende jeglicher bürgerlichen Freiheit – wird sich die AfD entschieden entgegenstellen!**
- Die Altparteien haben die Verfassungsschutzbehörden zu Waffen im politischen Wettbewerb und zu Inlandsgeheimdiensten gemacht. Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden! Es darf in einer freiheitlichen Demokratie keinen Inlandsgeheimdienst zur Überwachung rechtstreuer Bürger nach Stasi-Modell geben! Wir werden den Verfassungsschutz als unabhängige Behörde organisieren und eine tatsächliche parteiübergreifende parlamentarische Kontrolle sicherstellen.

Das derzeit bestehende Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) hat sich hierfür als ungeeignet erwiesen. Die Beobachtung regierungskritischer Bürger ist unverzüglich einzustellen und der Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ wieder abzuschaffen.

- Die AfD fordert eine Straffung der Landesverwaltung durch Reduktion überflüssiger Doppelstrukturen, bei gleichzeitiger Wahrung der institutionellen Unabhängigkeit von Justiz und Verfassungsschutz. Die AfD fordert eine unabhängige Justiz, weil das Recht für alle Bürger gleichermaßen gelten muss.
- Rückführungen müssen im Innenministerium zur Prioritätssache werden! Wer illegal eingewandert ist bzw. kein Bleiberecht hat, muss unser Land so schnell wie möglich verlassen. Die Einwanderung in unsere Sozialsysteme ist zu beenden. Für Asylbewerber ist das Modell der Sachleistungen statt Geldzahlungen umzusetzen.

3. Extremismus und Terrorismus

Politische Gewalt, insbesondere durch Linksextremisten, ist ein seit Jahren wachsendes Problem. Dies nicht zuletzt, weil Politik und Medien seit Jahren die Augen davor verschließen und zugleich eine Bedrohung von rechts herbeiphantasieren. Linksextrem motivierte Angriffe auf öffentliche Einrichtungen, Infrastruktur, Privateigentum oder Polizeibeamte haben jedoch objektiv messbar zugenommen und stellen mittlerweile eine ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit dar. Man braucht hier nur an die Mordversuche der sogenannten „Hammerbande“, an die Sabotage von Bahninfrastruktur und Energieversorgung zu denken. Auch in Baden-Württemberg wächst die linksextreme Bedrohung. Auf unterschiedlichen Kanälen fließen auch Steuergelder an Organisationen, die Linksextremismus unterstützen oder gar betreiben.

Angriffe auf Politiker und Wahlkampfstände, Versuche, Parteiveranstaltungen zu verhindern und Interviews zu sabotieren (wie zuletzt beim ARD-Sommerinterview mit Alice Weidel) sind Angriffe auf den Kern der Demokratie. Auch wenn Politiker und Mitglieder der AfD hier am häufigsten betroffen sind, ist dieses Klima der Spaltung und Hetze für die gesamte Gesellschaft eine Bedrohung.

Eine noch größere Gefahr geht gegenwärtig vom islamischen Extremismus aus. Altparteien und Medien sträuben sich, die Ursachen des zunehmenden Antisemitismus in unserem Land klar zu benennen, doch ist längst weithin bekannt, dass es sich um ein importiertes Phänomen handelt. Die Gefahr durch islamischen Extremismus und Terrorismus ist real – unvergessen bleibt hier der kaltblütige Mord an dem Mannheimer Polizisten Rouven Laur durch einen Islamisten im Jahr 2024.

Wie groß die Bedrohung durch Terroranschläge mittlerweile ist, ist auch an dem Sicherungsaufwand zu erkennen, der für Weihnachtsmärkte und Volksfeste gemacht wird. Keine größere öffentliche Veranstaltung ist heute noch ohne ein sogenanntes Sicherheitskonzept durchführbar.

Es ist skandalös und nicht hinnehmbar, welchen Sicherungsaufwand wir mittlerweile betreiben müssen, um in unserem eigenen Land öffentliche Veranstaltungen abhalten zu können! Jeder kann sich erinnern, dass dies vor wenigen Jahren noch ganz anders war! Dies ist ein durch politische Fehlentscheidungen entstandenes Problem, das durch alternative politische Weichenstellungen in den Griff zu bekommen ist! Die AfD steht für eine Rückkehr zu einem öffentlichen Raum, in dem sich unsere Bürger auch auf Veranstaltungen angstfrei bewegen können.

Unsere Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Rückkehr zu einer gesellschaftlichen Normalität:

- Konsequentes Durchgreifen gegen extremistische Gewalttäter, seien sie linksextrem, rechtsextrem oder islamistisch motiviert. Extremisten und terroristische Gefährder sind festzusetzen, in Haft zu nehmen und konsequent abzuschieben.
- Die unkontrollierte Einwanderung, in deren Zuge Extremisten und Terroristen völlig ungehindert in unser Land gelangen und Strukturen und Netzwerke aufbauen können, muss sofort beendet werden!
- Konsequente Bekämpfung des wachsenden Problems eines islamischen Antisemitismus in unserem Land.
- Offenlegung und Austrocknung der Finanzierungskanäle, über die Steuergelder an linksextreme Organisationen fließen.

Geht es um die Ursachen von Kriminalität, ist die öffentliche Debatte durch Sprachregelungen, Angst vor der Wahrheit und Versuche, die Bürger zu erziehen, stark eingeschränkt. Insbesondere die Herkunft von Straftätern im Bereich Gewaltkriminalität, vor allem bei Messer- und Sexualstraftaten oder Raubdelikten, wird in Medien und polizeilichen Pressemitteilungen regelmäßig verschwiegen. Doch nicht nur ist dem Bürger endlich reiner Wein einzuschenken. Auch unsere Sicherheitsbehörden brauchen hier mehr Handlungsfähigkeit. Sicherheitspolitik kann nur auf Basis objektiver Daten betrieben werden. Wir sehen daher die statistische Erfassung von Mehrfachstaatsangehörigkeit und Migrationshintergrund bei Tatverdächtigen und Straftätern vor. Polizei und Medien müssen diese Merkmale auch klar benennen, wenn sie für Straftaten, Täterschaft oder das Kriminalitätsgesamtbild relevant sind. Die Bürger haben einen Anspruch auf die volle Wahrheit, statt aus ideologischen Gründen zensierte Halbwahrheiten vorgesetzt zu bekommen.

The background is a vibrant blue. A large, dark blue triangle points towards the bottom left. A diagonal line runs from the top right towards the bottom left, transitioning through colors: red, orange, and yellow. On the left side, there is a dark blue, elongated, rounded rectangular shape.

**BILDUNG,
WISSENSCHAFT,
KULTUR UND
MEDIEN**

IV – Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien

1. Leistung, Wissen und Können

1.1 Für ein leistungsfähiges Schulsystem

Wissen, Können, Leistung. Die Alternative für Deutschland Baden-Württemberg stellt diese drei Begriffe in das Zentrum der Schulpolitik. Wir wollen ein Schulwesen, das der Unterschiedlichkeit der Schüler durch ein gegliedertes Schulsystem gerecht wird und dadurch jedem die bestmöglichen Chancen auf Entwicklung bietet. Der Wechsel der Schulform muss in der Regel möglich sein und das Prinzip „kein Abschluss ohne Anschluss“ hat zu gelten.

1.2 Schulpflicht in Bildungspflicht umwandeln

Kinder haben ein Recht auf Bildung und der Staat ist verpflichtet, dieses sicherzustellen. Er kommt dieser Verpflichtung aber nur unzureichend nach. Deshalb wollen wir die im internationalen Vergleich sehr strenge deutsche Schulpflicht lockern und zu einer Bildungspflicht umwandeln (der Gedanke des Homeschooling), selbstverständlich mit staatlichen Leistungskontrollen.

1.3 Bürokratieabbau und Eigenverantwortung der Schulen

Das aktuelle Schulsystem leidet unter einer zu starken Selbstbezogenheit, in der der Kontakt zur Lebenswirklichkeit wenig, als Fremdkörper oder ideologisch überformt stattfindet. Schulen und Lehre sind überbürokratisiert. Die Strukturen des Schulsystems sollen dezentralisiert werden, die Schulen mehr Autonomie erhalten.

1.4 Keine Inklusion um jeden Preis

Die AfD steht für Inklusion mit Augenmaß. Die Inklusion von Schülern mit Einschränkungen in die Regelschulen ist wünschenswert, darf aber nur so praktiziert werden, dass Mitschüler und Lehrkräfte – und insbesondere die Inklusionsschüler selbst – nicht überfordert werden. Eine Förderung ist in den vielen spezialisierten Sonderschulen des Landes oftmals effektiver umzusetzen.

1.5 Bildungsplan von Ideologie befreien

Wir fordern neben der inhaltlichen eine ideologiekritische Überarbeitung des Bildungsplans von 2016. Die Bildungsinstitutionen dürfen nicht zur ideologischen Indoktrination unserer Kinder eingesetzt werden. Aufgabe der Schulen ist die Vermittlung von Wissen und Können, um das eigene Leben als mündiger Bürger führen zu können.

1.6 Grundschulbildung fokussieren

Voraussetzung für den Besuch der Grundschule sind Deutschkenntnisse, die zur Teilnahme am Unterricht befähigen. Kinder, die darüber nicht verfügen, müssen zunächst in Vorschulklassen gefördert werden. Wir wollen eine Flexibilisierung und Fokussierung der Grundschule: Ziel ist das verlässliche Erreichen solider Standards am Ende der 4. Klasse.

1.7 Grundschulempfehlung sinnvoll gestalten

Die AfD Baden-Württemberg begrüßt die faktische Wiederherstellung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung für den Übergang aufs Gymnasium. Wir fordern aber auch, dass der

Realschulbesuch in Zukunft durch die Grundschulempfehlung begründet sein muss, damit diese Schulart ihre Stärken wieder voll entwickeln kann.

1.8 Neunjähriges Gymnasium: aber richtig

Die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums als Regelfall entspricht einer langjährigen Forderung der AfD Baden-Württemberg. Die Gesamtstundenzahl des neuen G9 unterschreitet aber diejenige des alten und bleibt somit hinter dessen Leistungen zurück. Gegen Überlegungen der politischen Führung, langfristig die Verbindlichkeit der zweiten Fremdsprache abzuschaffen, verwahren wir uns entschieden. Mathematik ist das zentrale Fach für Naturwissenschaft, Informatik und Technik. Wir wollen, dass Mathematik neben Deutsch in der schriftlichen Abiturprüfung verbindlich ist.

1.9 Digitale Bildung: Souveränität und Medienkompetenz

Berufstätigkeit und Wissenschaft der Zukunft werden die Nutzung von KI beinhalten. Es ist zentral, die nachwachsende Generation zur Nutzung und Ausgestaltung dieser Technologie zu befähigen. Dafür müssen die Lerninhalte sowie die Lernmethodik angepasst und die materiellen und personellen Voraussetzungen erfüllt werden. Freie, qualitätsgesicherte Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Resources) sollen landesweit bereitgestellt werden.

1.10 Freiwillige kommunale Kinderbetreuungsangebote ausbauen

Wir wenden uns gegen eine verpflichtende staatliche Betreuung und stehen für Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Von zentraler Bedeutung ist das Grundbedürfnis des Kleinkindes nach verlässlichen und liebevollen Bezugspersonen. Wir wollen Kindergärten als freundlichen Ort des Spiels und der Zuwendung, nicht als durchor-

ganisierte Betreuungsanstalt mit Formulkrieg und Leistungszielen. Die Kindertagespflege wollen wir als gleichwertiges Angebot stärken. Sie bietet kleine Gruppen, verlässliche Bezugspersonen und flexible Betreuungszeiten. Kommunen sollen hierfür verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, um Eltern echte gleichberechtigte Wahlmöglichkeiten zwischen familiärer Betreuung, Kindergärten und Kindertagespflege zu ermöglichen.

2. Universität und Hochschule

2.1 Hochschulautonomie stärken

Die Hochschulen brauchen mehr Freiheit und Autonomie. Hochschulrechtliche Auflagen zur Einrichtung von Beauftragten werden auf das Niveau vor der Politisierung und Instrumentalisierung für fachfremde Zwecke zurückgeführt. Die Mittel für Klima-, CO₂-, Antidiskriminierungs-, Chancengleichheits- und Gleichstellungsbeauftragte verbleiben bei den Hochschulen und sollen der akademischen Leistung zugutekommen.

Hochschulen müssen ein Ort der freien Rede sein. Studenten und Professoren sollen nicht darüber nachdenken, wie sie politisch korrekt etwas sagen, sondern dass sie das Richtige, das Wahre treffend formulieren. Ein formeller oder informeller Zwang zur Gendersprache oder anderen Formen der politischen Korrektheit, der Ausschluss von Diskutanten oder die Verhinderung von Veranstaltungen an Hochschulen sind zu unterbinden.

2.2 Wissenschaftliche Exzellenz in den Hochschulen

Fachliche Exzellenz soll als dominantes Kriterium für die Besetzung von Professuren wiederhergestellt werden. Quoten in jeder Form sind untersagt. Professoren und Fakultäten sollen in ihre Rolle als fachliche Autoritäten wieder eingesetzt werden. Dazu soll ihnen die Kontrolle

über die Studieninhalte und Studienmethodik so weit wie möglich zurückgegeben werden: Nur der fachliche Zweck soll bestimmen, was in welcher Form gelehrt wird, nicht Anforderungen von Agenturen oder sonstige politische Randfaktoren. Die Verschulung des Studiums soll beendet, die Fähigkeit zu eigenständig kreativem Denken wieder ins Zentrum gerückt werden.

2.3 Exzellenz des Wissenschafts- und Hochschulsystems

Baden-Württemberg leidet unter einer politisierten Forschung. Politik ist nicht Schiedsrichter über Fragen der Forschung. Die diversen Förderprogramme des Landes sollen dafür in die wissenschaftliche Selbstverwaltung übergeben werden.

Wir wollen private Hochschulen unterstützen. Im Sinne der Diversifikation und Spezialisierung wollen wir evaluieren, ob die Einrichtung spezialisierter Hochschulen für Top-Gebiete mit herausragender technologischer oder wissenschaftlicher Bedeutung gesellschaftlichen Nutzen bringt.

3. Kultur und Kunst

Für die AfD sind Kultur und Kunst von zentraler Bedeutung, um die Identität zu erhalten und den Fortbestand unserer Kultur zu sichern. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland zu den großen europäischen Kulturnationen gehört und Baden-Württemberg ein besonders traditionsreicher Teil davon ist, sind der Erhalt der Kultureinrichtungen und die Sicherstellung der Freiheit der Künste der zentrale Auftrag für den Staat und das Land. Wir begrüßen die kulturellen Anregungen aus aller Welt, jedoch wollen wir nicht, dass Baden-Württemberg in einem beliebigen globalistischen Multikulturalismus aufgeht.

3.1 Breitenkultur beleben und Kunstfreiheit sichern

Die Struktur der Breitenkultur ist historisch in einer Zeit vitalster kultureller Aktivitäten in unzähligen Vereinen entstanden. Die wirtschaftliche Krise stellt auch die Breitenkultur vor besondere Probleme. Dem wollen wir mit finanzieller Unterstützung entgegenwirken. Sowohl privates Engagement als auch privater Geldeinsatz sollen stärker unterstützt werden. Das Antragsverfahren soll so gestaltet werden, dass auch Ehrenamtliche in kleinen Vereinen dies gut bewältigen können.

Voraussetzung für die vom Grundgesetz verbrieft Freiheit der Kunst ist die Gestaltung von geeigneten kulturellen Rahmenbedingungen. Die – häufig auch ideologienpolitisch motivierte – staatliche Finanzierung dieses Sektors ist auf den Prüfstand zu stellen. Staatlich geförderte Bühnen müssen sich parteipolitisch neutral verhalten. Auch fordern wir eine stärkere Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung über Auftragsverfahren im Rahmen künstlerischer Arbeiten im öffentlichen Raum.

4. Medienpolitik: Freiheit statt Zwang

Die AfD Baden-Württemberg setzt sich für eine freie und vielfältige Medienlandschaft ein, die eine objektive Berichterstattung gewährleistet und die Meinungsfreiheit schützt. Wir lehnen jede Form der staatlichen Einflussnahme auf Medien ab und fordern eine tiefgreifende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) hin zu wirklicher Staatsferne.

4.1 Rundfunkbeitrag abschaffen – Zwangsfinanzierung beenden

Mit rund neun Milliarden Euro pro Jahr ist der deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk der teuerste weltweit. Zugleich ist die Berichterstattung einseitig, politisch gesteuert und oft tendenziös. Die AfD Baden-Württemberg setzt sich daher für die sofortige Abschaffung des Rundfunkzwangsbeitrags ein.

Wir fordern:

- die umgehende Kündigung des SWR-Rundfunkstaatsvertrags durch Baden-Württemberg,
- die Umstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf ein freiwilliges Bezahlmodell.

4.2 Umstrukturierung der Filmförderung in Baden-Württemberg

Mit rund 18 Millionen Euro jährlich fördert die landeseigene Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg (MFG) gezielt ideologisch geprägte Projekte. Statt kreative und technische Exzellenz zu unterstützen, werden zunehmend politisch einseitige Inhalte mit extrem links-progressiver Ausrichtung und Umerziehungscharakter finanziert. Damit wird indirekt eine Form staatlicher Umerziehung betrieben, die bis in den ÖRR und so in die Gesellschaft hineinwirkt.

Die AfD Baden-Württemberg fordert daher eine grundlegende Reform der baden-württembergischen Filmförderung. Sollte dies nicht möglich sein, ist die MFG aufzulösen. Zudem fordern wir eine stärkere Berücksichtigung von wirtschaftlichen Kriterien bei der Filmförderung und die Vergabe von Fördermitteln durch politisch unabhängige Experten.

5. Christliche Kirchen

Die AfD Baden-Württemberg steht auf der Seite des christlichen Glaubens und erkennt an, dass zentrale Errungenschaften unserer Gesellschaft, wie Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und soziale Grundsicherung, letztlich Übersetzungen christlicher Vorstellungen sind. Verlieren wir als Gesellschaft unseren christlichen Glauben, so sind auch diese Errungenschaften gefährdet.

Eine Renaissance des christlichen Glaubens ist wichtig, da Deutschland durch grün-schwarz-rote Politik vor dem wirtschaftlichen Niedergang und einer Zeit des Umbruchs steht. Der christliche Glaube kann ein wichtiger Anker sein, um in diesen Zeiten zu bestehen.

5.1 Christliche Kirchen

Wir kritisieren die Amtskirchen dafür, aus dem Gebot „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ faktisch ein „Liebe deinen Fernsten, aber nicht deinen Nächsten, und vor allem nicht dich selbst“ gemacht zu haben.

Die AfD will mit Amts- und Freikirchen an der Renaissance des Christlichen arbeiten. Wir fordern die Amtskirchen auf, ihre willkürliche und unverständige Verachtung gegenüber der AfD zu überwinden. Die Kirchen sollten sich aus operativ-politischen Fragen heraushalten. Ihre Rolle ist, aus dem Glauben heraus die Menschen ihren Weg finden zu lassen.

5.2 Finanzierung der Kirchen auf andere Basis stellen

Auf dem Weg ihrer unvermeidlichen Reform wollen wir die Amtskirchen begleiten und unterstützen. Die Bezahlung von Bischöfen und Kardinälen durch das Land soll im Rahmen einer Ausgleichsregelung auslaufen, da die Bischöfe durch diese Abhängigkeit mehr Diener des Staates als Diener Jesu sind. Wir glauben, dass die Finanzierung der Kirchen auf eine andere Basis gestellt werden muss. Ihre Rolle als sozialunternehmerischer Finanzprofiteur der Migration untergräbt ihre Glaubwürdigkeit. Der Religionsunterricht soll wieder auf seinen Kern, die Vermittlung des christlichen Glaubens, fokussiert werden. Wir setzen uns für den Erhalt von Kirchengebäuden als Kirchen, als Orte des Glaubens und des kulturellen Lebens und als Baudenkmäler ein. Wir werden die Sonn- und Feiertage schützen und erhalten.



**UMWELT, NATUR-
UND TIERSCHUTZ,
LANDWIRTSCHAFT
UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

V – Umwelt, Natur- und Tierschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

1. Umwelt- und Naturschutz neu denken

Sauberes Wasser, reine Luft und fruchtbare Böden, gesunde und verantwortungsbewusst erzeugte Lebensmittel sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren Schutz zu den Prioritäten der AfD zählt. Die AfD versteht sich als konservative politische Kraft, die sich für die Bewahrung des Erbes unserer Natur- und Kulturlandschaften einsetzt.

In der klein strukturierten Landschaft Baden-Württembergs mit ihren vielen unterschiedlichen Landschaftstypen ist die Landwirtschaft wichtigster Pfeiler des Arten- und Biotopschutzes.

„Klimaschutz“ steht vielfach dem Naturschutz entgegen: Windindustrieanlagen, Photovoltaikwüsten und Energiepflanzen-Monokulturen schädigen die Natur massiv. Im dicht besiedelten Baden-Württemberg sehen wir die Verschandelung der Landschaft und die Zerstörung von Lebensräumen besonders kritisch. Wir unterstützen daher die Bürgerinitiativen gegen den rücksichtslosen Ausbau der Windindustrieanlagen im windarmen Baden-Württemberg.

Die Verwendung organischer Produkte für Treibstoffe verschärft den Preisdruck auf Lebensmittel. Die AfD in Baden-Württemberg wird sich für eine Beendigung der Beimischung von Ethanol in Benzin und Pflanzenölen in Diesel einsetzen.

Die von der WHO und anderen internationalen Organisationen geforderten Schadstoffgrenzwerte dienen häufig nur als Begründung für Angriffe auf Industrie, Verbrennungsmotor und Landwirtschaft,

also unseren Wohlstand. Die AfD lehnt Fahrverbote zur Durchsetzung der Elektromobilität ebenso ab wie willkürliche Festlegungen zum Erreichen von Null-Schadstoff-Zielen.

2. Tierschutz neu denken

Unsere Verantwortung bei allem Handeln muss der respektvolle Umgang mit dem „Lebewesen Tier“ sein. Die heutige Haltung der Milchkühe in großen Laufställen ist ein bedeutender Fortschritt gegenüber der traditionellen Anbindehaltung. Dennoch gibt es Bereiche, die der kritischen Betrachtung und der Verbesserung bedürfen, dazu gehören lange Tiertransporte.

Die AfD lehnt das Schächten, d. h. Töten durch Ausbluten ohne vorherige Betäubung, ab. Daher fordert die AfD auch ein Verbot von Lebendtransporten in Länder, in denen das Schächten praktiziert wird, sowie des Imports von Fleisch, das nicht glaubhaft zertifiziert wurde.

3. Landwirtschaft neu denken

Die Landwirtschaft darf nicht als Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb angesehen werden. Vielmehr stellt sie das Rückgrat der Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln, der natürlichen Lebensgrundlagen durch Schutz von Natur- und Kulturlandschaften dar.

Der Schutz der heimischen Landwirtschaft lässt sich nur noch durch ein Zusammenspiel aus Zöllen, Subventionen und Direktzahlungen gewährleisten. Nur mit klar protektionistischen Maßnahmen kann die regionale Produktion erhalten und die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung sichergestellt werden. Um Lebensmittelpreise stabil zu halten und gleichzeitig ökologische Ziele zu erreichen, fordert die AfD, dass ausländische Produzenten denselben Auflagen unterliegen

wie heimische Betriebe. Landwirtschaftliche Nutzflächen sind keine Spekulationsobjekte. Die AfD fordert ein Vorkaufsrecht für landwirtschaftliche Nutzung.

Ohne grundlegende Veränderungen und faire Wettbewerbsbedingungen wird das Höfesterben weitergehen. Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Landwirte zu stärken. Eine sach- und leistungsgerechte Vergütung der Landwirte muss gesichert sein. Dies kann nur mit mehr Selbstständigkeit und ohne EU-/Bundes-/Landes-/Kommunal-Verordnungswahn geschehen.

Der neue Haushaltsvorschlag der EU, der eine Reduzierung verbindlicher Zahlungen an Landwirte vorsieht, ist dabei ein weiterer Schritt in die falsche Richtung. Dies wird weitere Betriebsschließungen zur Folge haben und steht im direkten Widerspruch zur dringend notwendigen Sicherung unserer Resilienz – der Fähigkeit, sich auch in Krisenzeiten eigenständig zu versorgen.

Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist die Grundlage jeglicher landwirtschaftlichen Produktion. Die bewährten Zulassungsstandards im Hinblick auf Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz dürfen dabei weder vernachlässigt noch praxisfern verschärft werden. Die derzeitige Düngeverordnung drangsaliert unsere Bauern und verteuert die Produktion. Mit der AfD wird es ein Zurück zur guten fachlichen Praxis bei Pflanzenschutz und Düngung geben.

4. Den ländlichen Raum wirksam fördern

Der ländliche Raum benötigt eine starke Infrastruktur. Daher setzt sich die AfD für den Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes ein. Der Individualverkehr und der ÖPNV müssen im ländlichen Raum in Einklang stehen. Der Ausbau eines schnellen Internets ist unerlässlich,

um den ländlichen Raum digital anzuschließen. Wir setzen uns für die Erhaltung und Förderung von Schulen im ländlichen Raum ein, ebenso für die Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung.

5. Verbraucherschutz neu denken

Der in Deutschland staatlich organisierte Verbraucherschutz vertritt nicht die Interessen der Bürger, sondern dient deren Beeinflussung. Die AfD unterstützt das Leitbild des mündigen Verbrauchers. Wir vertrauen auf den selbstbestimmten Konsumenten. Daher lehnt die AfD auch jede Form der Bevormundung in Ernährungsfragen ab. Wir fordern eine transparente und nachvollziehbare Kennzeichnung der Herkunft und der Inhaltsstoffe, z. B. bei der Verwendung von Insekten in Lebensmitteln.

6. Jagd, Forst- und Fischwirtschaft als Partner von Wald- und Naturschutz fördern

Die Jagd leistet einen wertvollen Beitrag zum Erhalt unserer gewachsenen Kulturlandschaft und der Artenvielfalt. Jäger sind gut ausgebildete, staatlich geprüfte Naturschützer und erbringen in Wald und Flur eine wichtige Leistung für die Allgemeinheit. Die AfD wird die Eigenverantwortung der Jäger stärken. Insbesondere die Fütterung in Notzeiten sowie die Bau- und Fallenjagd zum Schutz des Niederwildes müssen entbürokratisiert werden. Die AfD wird die staatlichen Sonderrechte bei Forst BW beenden und die Jagdverwaltung vereinheitlichen.

Der Erhalt des Kulturgutes Wald bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, der sowohl waldbaulichen als auch wildtierökologischen Belangen Rechnung trägt. Neben der Jagd spielen demnach auch Wildruhebereiche, eine gute Nahrungsverfügbarkeit und Forstschutzmaßnahmen eine wesentliche Rolle im Waldbau.



GESUNDHEITS- POLITIK

VI – Gesundheitspolitik

1. Die Krankenhausreform 2025 und das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVVG)

Es ist absehbar, dass die Reform keines der dringenden Probleme des Krankenhauswesens lösen wird. Die Einführung von Leistungsgruppen wird zu erheblichen Verwerfungen in der Krankenhauslandschaft führen und greift tief in die Zuständigkeit der Länder ein. Mit den Vorhaltepauschalen entsteht ein bürokratisches Monstrum, das den Verwaltungsaufwand in den Kliniken nochmals deutlich erhöhen wird. Zu befürchten ist ein Krankenhaussterben und eine Gefährdung der medizinischen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum. Die AfD wird diesen Prozess stoppen und an einer echten Reform des Gesundheitssystems arbeiten, bei der nicht ökonomische Kriterien, sondern die bestmögliche medizinische Versorgung unserer Bürger im Mittelpunkt steht.

2. Ambulante Versorgung und Notfallversorgung

Das System der ambulanten Versorgung ist derzeit völlig unbefriedigend. Patienten sind zum Teil mit unzumutbaren Wartezeiten konfrontiert, in einigen Regionen bestehen bereits Versorgungsengpässe. Die Rationierung von Gesundheitsleistungen kann nicht unsere Antwort auf die demografischen Probleme und Haushalts-schiefen sein.

Die freiberuflich geführte Inhaberpraxis im Rahmen der ärztlichen Selbstverwaltung bildet weiterhin das Rückgrat der ambulanten Versorgung. Zur Förderung der Niederlassung von Ärzten in ländlichen bzw. strukturschwachen Räumen sind organisatorische und finanzielle Hilfen vorzusehen.

Bedingt durch den Ärztemangel wird der ärztliche Bereitschaftsdienst im Lande immer weiter ausgedünnt. Dies führt dazu, dass Patienten auch ohne Notfall verstärkt die Notaufnahmen in Krankenhäusern ansteuern, die für diesen Patientenandrang jedoch nicht ausgestattet sind. Notfallaufnahmen müssen für echte Notfälle da sein.

3. Rehabilitation

Der Rehabilitation kommt in einer alternden Gesellschaft eine entscheidende Bedeutung zu. Dass stationäre und auch ambulante Rehabilitationsleistungen seit Langem unterfinanziert sind, ist bekannt. Die Rehabilitation wird seit Jahren kaputtgespart. Gerade für Baden-Württemberg mit seinem derzeit noch reichhaltigen Angebot an Rehabilitationskliniken sowie Kur- und Bäderlandschaften muss der Erhalt dieser Infrastruktur besonders bedeutsam sein. Um den Rehabilitationseinrichtungen eine Zukunftsperspektive zu bieten, sollen zukünftig die Grundsätze und Rahmenbedingungen von Leistungs- und Vergütungsverhandlungen zwischen einem neu zu schaffenden Landesverband der Rehabilitationseinrichtungen und den Spitzenverbänden der Krankenkassen auf Landesebene vereinbart werden.

4. Sichere Arzneimittelversorgung

Zur Gewährleistung der flächendeckenden und qualifizierten Versorgung mit Arzneimitteln, insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen, ist ein Netz von inhabergeführten Apotheken zu sichern. Zugleich ist der Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten in kontrollierter Form beizubehalten, um die Arzneimittelversorgung älterer und mobilitätseingeschränkter Bürger sicherzustellen. Versandapotheken müssen dabei denselben Qualitäts-, Beratungs- und Datenschutzstandards unterliegen wie stationäre Apotheken.

Der Arzneimittelgroßhandel in Deutschland wird verpflichtet, mindestens die Menge der durchschnittlichen zwei Monatsbedarfe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln vorrätig zu halten.

5. Häusliche Pflege

Die meisten Pflegebedürftigen bevorzugen eine häusliche Pflege. Diese ist nicht nur aus sozialen, sondern auch aus finanziellen Gründen weitaus vorteilhafter als die stationäre Unterbringung. Die bessere Unterstützung von pflegenden Angehörigen ist somit ein wichtiges Ziel. Eine Angleichung des Pflegegeldes an die Entgelte der ambulanten Pflegedienste ist umzusetzen.

6. Pflegepersonalmangel

Um den Mangel an Pflegepersonal anzugehen, ist ein Bündel von Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören eine leistungsgerechte Bezahlung, die Entlastung von bürokratischer Dokumentation und eine verbindliche Personalbemessung in pflegesensitiven Bereichen, aber auch die verstärkte Förderung der Ausbildung und des Einsatzes von Pflegehilfskräften.

Weiterhin unterstützen wir die Einführung eines „Gemeinschaftsdienst-Jahres“ für jeden Schulabgänger. Dieses Jahr kann im Pflegebereich, im Technischen Hilfswerk, der Feuerwehr oder der Bundeswehr absolviert werden und hat zum Inhalt, junge Menschen an die sozialen Aufgaben unserer Gesellschaft heranzuführen. Auch kann das Gemeinschaftsdienst-Jahr das Interesse an einem Berufsfeld wecken.

7. Ausländisches Personal im Gesundheitswesen

Aufgrund des bestehenden Mangels an Ärzten und Pflegekräften wurden in den letzten Jahren von vielen Kliniken verstärkt Arbeits-

kräfte aus dem nichteuropäischen Ausland angeworben. Die praktischen Erfahrungen zeigen aber, dass die fachliche Qualifikation nicht uneingeschränkt den deutschen Standards entspricht. Insbesondere durch sprachliche Defizite kann weder eine Vertrauensbasis zu den Patienten aufgebaut werden, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf ausgeschlossen werden. Bei den fachlichen und sprachlichen Anforderungen an ausländische Ärzte und Pflegekräfte dürfen aber keine Kompromisse gemacht werden. Bewerber aus Nicht-EU-Ländern haben eine fachliche Gleichwertigkeitsprüfung zu absolvieren.

8. Keine allgemeine Impfpflicht

Wir schaffen jegliche Impfpflicht ab und halten an dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit fest. mRNA-Impfungen können nicht verpflichtend vorgeschrieben werden. Die Entscheidung über eine medizinische Behandlung unterliegt allein der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Bürgers. Eine politische Bevormundung, welche insbesondere die unerlässliche persönliche Risikoabwägung außer Acht lassen würde, lehnen wir ab. Die Erfahrung aus der Corona-Zeit mit den falschen Verheißungen und fatalen Folgen mahnt uns, die Freiheitsrechte zur Abwehr einer politisch-medialen Übergriffigkeit zu wahren.

9. Corona-Aufarbeitung

Die „Corona-Krise“ und ihre Folgen spalten noch immer die Gesellschaft. Die zum Teil totalitären Maßnahmen, angefangen vom Mundschutz bis hin zum Lockdown mit Schulschließungen, Zwangsisolierungen, indirektem Impfzwang mit massiven Repressionen gegen „Verweigerer“ usw., haben in vielen Biografien tiefe Spuren hinterlassen. Mittlerweile ist gesichert, dass viele Maßnahmen unbegründet, unwirksam oder sogar schädlich waren und dass dies auch schon während der

Krise auf Entscheiderebene bekannt war. Dessen ungeachtet ließ man die Bevölkerung im Dunkeln stehen oder verbreitete sogar bewusst Unwahrheiten. Mittlerweile haben sich viele als „Verschwörungstheorien“ diffamierte Bedenken als völlig zutreffend herausgestellt. Eine Aufarbeitung der Krise ist bislang nicht erfolgt. Wir werden die Krise, auch im Hinblick auf weitere derartige Ereignisse, schonungslos aufarbeiten. Ein Untersuchungsausschuss ist im Landtag von Baden-Württemberg einzusetzen. Verantwortung für Entscheidungen muss übernommen werden. Betroffene, die durch unsinnige Maßnahmen Schäden erlitten haben, sind angemessen zu entschädigen.

10. Keine geschlechtsverändernden medizinischen Behandlungen bei Jugendlichen

Nach den Gesetzesänderungen vom Mai 2021 („Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“) wird es erleichtert, dass Minderjährige sich in medizinische Behandlung mit dem Ziel einer Geschlechtsänderung begeben. Dies umfasst medikamentöse Behandlung mit „Pubertätsblockern“ oder gegen geschlechtlichen Hormonen sowie operative Eingriffe. Die AfD Baden-Württemberg wendet sich gegen jegliche Form solcher Eingriffe bei Minderjährigen. Die natürliche körperliche und seelische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen darf nicht durch hormonelle oder chirurgische Maßnahmen beeinträchtigt werden. Entscheidungen über derart weitreichende medizinische Eingriffe dürfen erst nach Erreichen der Volljährigkeit und freier, reifer Willensbildung getroffen werden, denn die Folgen sind unumkehrbar und der potenzielle lebenslange Schaden physisch wie psychisch immens.

Die AfD steht entschieden gegen die Verbreitung der Transgender-Ideologie sowie gegen jede Form staatlicher oder schulischer Frühsexualisierung. Elternrechte und das Kindeswohl haben oberste Priorität.

11. Der Heilpraktikerberuf

In regelmäßigen Abständen werden politische Initiativen vorangetrieben, die die Ausübung des Heilpraktikerberufs in Deutschland verbieten oder so erschweren wollen, dass dies einem Verbot der Berufsausübung gleichkommt. Derartige Bestrebungen lehnen wir ab. Der Patient soll grundsätzlich selbst entscheiden können, wie und von wem er sich behandeln lässt. Allerdings befürworten wir eine Vereinheitlichung der Qualitäts- und Prüfungsstandards der Heilpraktikerausbildung. Das Berufsbild als solches ist zu schützen und weiterzuentwickeln, eine Abschaffung oder wesentliche Beeinträchtigung ist abzulehnen.

12. Krankenhausprivatisierungen

Wir lehnen eine weitgehend privatisierte Krankenhauslandschaft ab. Die Sicherstellung einer leistungsfähigen Krankenhaus-Infrastruktur muss Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben und darf nicht zum Spielball profitorientierter Unternehmen werden.

13. Keine Pflicht zur Organspende

Eine Pflicht zur Spende der eigenen Organe ist grundsätzlich abzulehnen. Sie widerspricht in eklatanter Weise dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen. Es ist in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass die christlichen Kirchen in Deutschland die zu Lebzeiten erfolgte, ausdrückliche Zustimmung eines Organspenders zur Organspende für unerlässlich halten.

Äußerst kritisch sehen wir auch die mittlerweile erheblichen Vergütungen, die von der „Stiftung Organtransplantation“ für Organentnahmen in Krankenhäusern bezahlt werden. Diese belaufen sich auf ca. 20.000 Euro je Fall zuzüglich eines finanziellen Kostenersatzes

für ärztliches Personal der Intensivstation. Offensichtlich sollen hier finanzielle Anreize für die Kliniken gesetzt werden, möglichst viele Intensivpatienten der Organspende zuzuführen, was das Vertrauen von Patienten in eine adäquate Intensivbehandlung nicht erhöhen dürfte.

14. Elektronische Patientenakte (ePA)

Persönliche medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den höchstmöglichen Schutz genießen. Die Schaffung der elektronischen Patientenakte (ePA), bei der alle Behandlungsdaten eines Patienten elektronisch gespeichert werden, wurde ohne ausreichende Information der Versicherten eingeführt. Insbesondere wurde kaum auf die damit verbundene Gefahr eines Datenmissbrauchs bei einem Datenleck hingewiesen. Die realisierte „opt-out-Regelung“, bei der ein aktiver Widerspruch notwendig ist, nutzt bewusst die „Bequemlichkeit“ vieler Versicherter aus, um über die Köpfe der Patienten hinweg Fakten zu schaffen. Sofern die ePA weiterhin genutzt werden soll, muss eine nachträgliche, neutrale Information der Versicherten und eine patientenorientierte Anpassung der Nutzungsoptionen erfolgen. Für Patienten, die für sich eine ePA ablehnen, muss die Möglichkeit der Speicherung eines Notfalldatensatzes, einschließlich eines Medikamentenplans und einer Patientenverfügung, direkt auf der Krankenversicherungskarte geschaffen werden.



DEMOKRATIE, GRUNDWERTÉ UND EUROPA- POLITIK

VII – Demokratie, Grundwerte und Europa

1. Europa und deutscher Föderalismus

Ein Großteil der Politik in Baden-Württemberg wird inzwischen durch die EU-Zentralgewalt in Brüssel vorgegeben – weit über den ursprünglich auf den Binnenmarkt beschränkten Auftrag hinaus. Dieser ausufernde Zentralismus steht zunehmend im Widerspruch zum föderalen Prinzip des Art. 20 GG. Damit gehen zentrale Vorteile des Föderalismus verloren: der Wettbewerb der Länder, das parallele Erproben verschiedener Lösungen und die demokratische Stabilität einer starken Gewaltenteilung.

Durch unmittelbar geltende Verordnungen und in nationales Recht umzuwandelnde Richtlinien greift die EU dauerhaft in Rechtsgebiete ein, die das Grundgesetz bewusst den Ländern überträgt.

Es ist problematisch, wenn Herausforderungen auf Landes- oder Bundesebene reflexhaft an eine „europäische Lösung“ delegiert werden. Stattdessen ist kritisch zu prüfen, ob eine zentrale EU-Regelung überhaupt notwendig ist – zumal Deutschland viele seiner größten Erfolge gerade durch starke Länderstrukturen erzielt hat.

Deutschlands Stärke beruht historisch auf gewachsenem Föderalismus. Europas kulturelle Vielfalt entstand durch Wettbewerb und Dezentralität. Zentralismus hingegen konzentriert Macht und Ressourcen auf wenige Akteure. Die AfD fordert daher eine klare Rückkehr zu föderalen Strukturen und eine deutliche Begrenzung des EU-Zentralismus.

2. Demokratie bewahren

Die AfD wendet sich gegen Tendenzen, die die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aushöhlen und unser

System in Richtung einer gelenkten Demokratie verändern. Eine tragende Säule der Demokratie ist die staatliche Neutralität. Öffentliche Institutionen dürfen ihre Mittel nicht zur Verzerrung des politischen Wettbewerbs einsetzen. Werden staatliche Ressourcen zur Stärkung bestimmter politischer Positionen genutzt, untergräbt dies den fairen Ideenwettbewerb und entspricht autoritären Strukturen.

Auch die Auslagerung öffentlicher Gelder an nichtöffentliche Institutionen verletzt dieses Neutralitätsprinzip – etwa durch die Finanzierung politisch einseitiger NGOs oder die Bevorzugung bestimmter Medien. Solche Organisationen, obwohl formal nichtstaatlich, werden durch staatliche Mittel de facto zu regierungsnahen Akteuren. Diese Form der indirekten Einflussnahme auf die Meinungsbildung ist abzuschaffen.

Zudem wird die Meinungsfreiheit zunehmend eingeschränkt. Unter dem Schlagwort der „wehrhaften Demokratie“ wird der Extremismusbegriff auf Positionen innerhalb des verfassungsmäßigen Spektrums ausgedehnt, was als Vorwand dient, bestimmte Meinungen und ihre Vertreter zu delegitimieren. Einer solchen politisch motivierten Auswertung durch abhängige und weisungsgebundene Institutionen ist entgegenzuwirken.

Durch mehr direkte Demokratie – insbesondere Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild – sollten parteipolitische Gräben verringert, sachorientierte Entscheidungen gestärkt und intransparentes Aushandeln eingeschränkt werden. Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, die Politik unseres Landes aktiv mitzugestalten.

In Baden-Württemberg verhindern hohe Quoren jedoch faktisch Volksentscheide. Um echte Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, sind diese Quoren – wie in vielen anderen Bundesländern – deutlich zu senken.



KLIMA, ENERGIE, TECHNIK UND DIGITALISIERUNG

VIII – Klima, Energie, Technik und Digitalisierung

1. Klima

Vom Menschen verursachte CO²-Emissionen sind nicht der Treiber von Klimaveränderungen, diese gab es zu allen Zeiten. Der Klimawandel ist ein natürlicher Prozess, verursacht durch eine Vielzahl von Faktoren. Eine Klimakrise existiert nicht. Auch die Häufigkeit von Extremwetterereignissen hat in den vergangenen Jahrzehnten nicht zugenommen. Deren Opfer und Schäden, wie beispielsweise im Ahrtal, gehen oft auf politisches und organisatorisches Versagen zurück. Überbauung historisch bekannter Überschwemmungsgebiete und unzureichende Schutzmaßnahmen waren die Hauptursache.

Die aus der Tausende Milliarden Euro kostenden sogenannten Energie- wende resultierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden sind katastrophal. Es gibt keinen Grund, die notwendige und sinnvolle Nutzung konventioneller Energien zu beschränken oder gar zu verbieten.

Die AfD lehnt jede Politik und jede Steuer ab, die auf einen sogenannten Klimaschutz abzielt. Ein „Klimaschutz“ ist weder notwendig noch überhaupt möglich. Alle für dieses Ideologieprojekt aufgewendeten Ressourcen sind sinnlos vergeudet.

Wir legen den Schwerpunkt auf die Anpassung an den Klimawandel und treffen Maßnahmen zum Schutz der Bürger vor den Folgen eines sich aus welchen Gründen auch immer verändernden Klimas. Der Anteil Deutschlands an den weltweiten CO₂-Emissionen liegt bei lediglich 1,5 Prozent. Unser Einfluss auf das globale Klima ist daher, selbst wenn alle bisherigen Annahmen zutreffen sollten, so gering, dass er keinerlei Auswirkungen hat.

Maßnahmen wie die Abschaltung der Kernkraft, die gemäß European Clean Energy Act als einzige CO₂-freie Energiequelle gilt, oder die staatliche Förderung von Elektroautos, deren Gesamtbilanz mehr CO₂ verursacht als herkömmliche Verbrennerfahrzeuge, sind ungeeignet, um CO₂ zu reduzieren, und sogar kontraproduktiv, wenn man unterstellt, dass CO₂-Emissionen der Treiber des Klimawandels sind.

2. Energie

Die AfD wird sich im Sinne der Bürger und der Wirtschaft für Marktwirtschaft und Technologieoffenheit einsetzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wiederherstellen. Dazu werden alle marktverzerrenden Elemente wie Subventionen oder Belastungen gekürzt und Verbote so weit wie sinnvoll aufgehoben.

Der von den Altparteien betriebene Ausstieg aus Kern- und Kohleenergie hat die Situation in Baden-Württemberg besonders verschärft. Nur die Hälfte des in Baden-Württemberg verbrauchten Stromes wird noch im Land produziert, der Rest muss importiert werden. Wir müssen daher alle verfügbaren Kraftwerkstypen überprüfen, um diesen Notstand zu beheben.

Im Zuge der Russland-Sanktionen ist die bezahlbare Energieversorgung Baden-Württembergs zusätzlich erheblich gefährdet. Steinkohle ist ein weltweit günstig und sicher verfügbares Massengut und wird noch für Generationen verfügbar sein. Daher wollen wir alle Kohlekraftwerke erhalten und neue bauen, damit die Industrie unseres Landes wieder wettbewerbsfähig wird.

Neben dem kurzfristig notwendigen Ausbau von Kohlekraftwerken fordern wir den schnellstmöglichen Wiedereinstieg in die Kernenergie. Diese ist nicht nur praktisch emissionsfrei, sondern historisch be-

legt eine der sichersten Arten der Stromerzeugung. Deshalb fordern wir den sofortigen Stopp des Rückbaus und die Wiederertüchtigung von Neckarwestheim 2 und Philippsburg 2 aufgrund der vorhandenen Genehmigungen und Konstruktionspläne.

Windkraftwerke haben in Baden-Württemberg aufgrund der topografischen Bedingungen kaum mehr als die Hälfte der Erträge von Offshore-Anlagen. Ein weiterer Ausbau der Windenergie ist auch unsinnig, weil die Windkraft keinen zuverlässig verfügbaren Strom liefert. Es ist bereits klar, dass die Schäden für Mensch und Natur den Nutzen der Windkraftwerke deutlich übersteigen. Wir unterstützen daher die Forderungen vieler Bürgerinitiativen: keine Windkraftstandorte in Wäldern und Landschaftsschutzgebieten und ein deutlich größerer Mindestabstand zur Wohnbebauung als bislang gefordert.

Die AfD ist technologieoffen und daher nicht grundsätzlich gegen Photovoltaik. Aber hier sind die saisonalen Schwankungen im Zusammenhang mit dem hohen Investitions- und Flächenbedarf besonders ausgeprägt. Sowohl für Windenergie als auch Photovoltaik müssen die deutlichen Fehlanreize durch Subventionen beendet werden.

Wir wollen Blackouts und Stromabschaltungen verhindern durch Ausbau der grundlastfähigen Kraftwerke. Die propagierte Vermeidungsstrategie Smart Grid bedeutet die zeitweilige Abschaltung von Anlagen, verspielt das Vertrauen der Industrie und vertreibt sie ins Ausland. Dies bedeutet schon jetzt enorme volkswirtschaftliche Verluste.

Die AfD lehnt die propagierte Subvention der Transformation zu einer Wasserstoffwirtschaft als ökonomisch unsinnig und nicht realistisch umsetzbar ab.

Die AfD wird das Heizungsgesetz vollständig abschaffen und den Zwang der Kommunen, den Zwang des Hausbesitzers, Fernwärme zu nutzen, aufheben.

Kraftstoffe machen ein Fünftel des gesamten Primärenergieverbrauchs aus, die Stromerzeugung liegt nur knapp darunter. Daher würde ein Ersatz der Kraftstoffe eine Verdoppelung der Strominfrastruktur bedeuten. Auch die nötigen Batterien bedeuten eine enorme Investition, die getragen werden muss. Abgesehen davon existieren derzeit keine Speichertechnologien, die eine Stromversorgung in der erforderlichen Größenordnung dauerhaft gewährleisten können. Daher lehnt die AfD den Zwang zur Elektrifizierung des Verkehrs strikt ab.

Da die von Schäden an Gebäuden betroffenen Bürger kaum eine Chance haben, einen Schadensersatz von den für Tiefen-Geothermie-Bohrungen Verantwortlichen zu erreichen, fordern wir die Übernahme dieses Risikos durch die jeweilige Landesregierung. Genauso fordern wir die Streichung aller öffentlichen Subventionen für die Tiefen-Geothermie.

Generell sind die vielen Subventionen und Förderprogramme, die bestimmen, wie unser Strom erzeugt und in welche Technologien investiert wird, allesamt zu überprüfen und möglichst abzuschaffen. Anstelle von grünem Wunschdenken muss wieder Effizienz der entscheidende Faktor bei Investitionsentscheidungen zur künftigen günstigen und zuverlässigen Versorgung unserer Bürger und Unternehmen sein.

Die exzessive Verteuerung fossiler Energieträger durch immer neue Steuern und Abgaben muss beendet und rückgängig gemacht werden.

60 bis 70 % der Energiekosten in Deutschland sind nichts als Steuern und Abgaben. Um die Energiepreise schnell und deutlich zu senken, werden wir uns daher im Bundesrat für die Abschaffung der CO₂-Steuer einsetzen sowie für die Absenkung der Energiesteuer auf das nach EU-Recht zulässige Minimum.

Dadurch werden Energiekosten in Baden-Württemberg schnell und spürbar sinken, sowohl für die Bürger als auch für die Unternehmen.

3. Technik

3.1 Natur, Technik und Landwirtschaft in Einklang bringen

Wir alle wollen eine saubere Umwelt, eine intakte Natur und gesunde Lebensmittel. Technik und Industrie haben uns Wohlstand, gute medizinische Versorgung und lange Lebenserwartung gebracht. Gleichzeitig wünschen sich viele Bürger ein Zurück zur Natur. Dabei wird oft verkannt, dass nicht Verzicht, Rückschritt und Sozialismus die Umweltbelastungen seit Jahrzehnten reduziert haben, sondern technischer Fortschritt und eine auf klaren Regeln basierende Marktwirtschaft. Entscheidungen müssen auf der Grundlage rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschdenkens getroffen werden.

3.2 Digitalisierung: Chancen nutzen, Risiken minimieren

Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie bestimmt fast alle Lebensbereiche, übernimmt Regelaufgaben und demokratisiert den Informationsaustausch. Als freiheitliche Partei wendet sich die AfD allerdings gegen jede Anwendung der Digitalisierung, die totalitäre Strukturen befördert. Aus diesem Grund hat Datenschutz für uns einen hohen Stellenwert.

In einer zunehmend digitalisierten Welt müssen die Rechte der Bürger gegenüber dem Staat gestärkt werden. Die möglichst direkte und

weitgehende Kontrolle und Verfügungsgewalt über die persönlichen Informationen, über Eigentum und Vermögen sind essentiell für die Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat. Darum setzt sich die AfD genauso wie für den Erhalt des Bargelds für die Anerkennung des Rechts der Bürger auf ein analoges Leben außerhalb der digitalisierten Verwaltungs- und Alltagsabläufe ein.

Durch die technische Entwicklung lassen sich immer mehr elektronische Systeme präzise lokalisieren und ihre Funktion überwachen, auch ohne Zustimmung und Wissen der Nutzer. Dies machen sich Unternehmen und staatliche Institutionen zunutze, um das Leben der Nutzer bis ins letzte Detail auszuforschen. Schon das Wissen um die Aufzeichnung und Zusammenführung solcher Daten schränkt die Bürger in ihrem Verhalten ein. Wir fordern die Einschränkung der Ortung und Geräteüberwachung auf das geringste notwendige Maß sowie die verpflichtende Möglichkeit der Abschaltung durch den Anwender.

3.3 Digitale Freiheit und Souveränität als Leitprinzip

Digitalisierung soll der Freiheit der Bürger dienen und darf nicht zu einem Instrument staatlicher Kontrolle werden. Baden-Württemberg braucht eine Digitalpolitik, die auf informationeller Selbstbestimmung, technologischem Selbstvertrauen und Unabhängigkeit von globalen IT-Konzernen beruht.

3.4 Datenschutz und Abwehr staatlicher Überwachung

Datenschutz ist nicht nur Verwaltungspflicht, sondern ein Grundrecht. Die AfD lehnt jede Form anlassloser Überwachung, Vorratsdatenspeicherung und Chatkontrolle ab. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung soll Standard in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft werden.

3.5 Digitale Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Der digitale Netzausbau ist Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Digitale Infrastrukturen sind regelmäßig auf Krisenfestigkeit zu prüfen – durch Stresstests, Notfallpläne und redundante Netze.

3.6 Kampf gegen „Desinformation“

Zugang zu und Äußerung von kritischen und störenden Meinungen, solange sie nicht die Grenze zur Strafbarkeit überschreiten, gehören zum verfassungsrechtlich garantierten Recht eines jeden Bürgers unseres Landes. Die Äußerung der freien Meinung in Medien jeglicher Art ermöglicht Kritik und stellt auch eine Kontrollmöglichkeit des Bürgers gegenüber dem Staat dar. Die freie Meinungsäußerung gemäß Art. 5 des Grundgesetzes schließt auch das Recht auf Irrtum ein. In letzter Zeit wird jedoch durch öffentlich-rechtliche sowie „nichtstaatliche“ Akteure versucht, die Meinungsfreiheit durch direkte Verbote oder Delegitimierung kritischer Meinungen einzuschränken. Eine Demokratie muss die Meinungen ihrer Bürger ertragen – sonst wird sie zur Diktatur!

3.7 Künstliche Intelligenz

KI-Systeme stellen einen großen Wachstumsmarkt dar, von diesen können und wollen wir uns in Deutschland nicht abkoppeln. Deshalb sind effektive gesetzliche Rahmenbedingungen notwendig, die den Einsatz z. B. in Medizintechnik und Verkehrswesen ermöglichen. Gleichzeitig ist der Einsatz von KI auf jederzeit verfügbare, kostengünstige Energie angewiesen.

KI kann aber auch ein Risiko für kritische Infrastruktur, Verkehrstechnik und bürgerliche Freiheiten darstellen. Die zentralistische Regulierung dieser Themen durch die EU wie durch den Cybersecurity Act,

Ethik-Leitlinien für KI und den Artificial Intelligence Act lehnt die AfD ab und fordert praxisnahe, nationale Lösungen.

Künstliche Intelligenz soll dem Menschen dienen, nicht ihn ersetzen. Entscheidungen auf Basis von KI müssen transparent und nachvollziehbar bleiben. Verantwortung und Kontrolle sollen immer beim Menschen liegen. KI darf unter keinen Umständen zur Massenüberwachung der Bürger genutzt werden.

3.8 Schutz des Bargelds – Nein zum digitalen Euro

Die AfD lehnt den digitalen Euro ab, weil er den Weg zu einer umfassenden finanziellen Überwachung ebnen würde. Bargeld ist ein Stück gelebter Freiheit und muss vollständig erhalten bleiben. Wir fordern daher, Bargeld verfassungsrechtlich zu verankern.

3.9 Digitalisierung im Dienst der Bürger

Digitalisierung soll im Dienst der Bürger stehen, nicht zu ihrer Kontrolle führen. Baden-Württemberg soll Vorreiter einer freien, sicheren und souveränen digitalen Entwicklung werden.

3.10 Subventionen, Dirigismus und Industrie

Mit Blick auf Innovation und Effizienz versagt jegliche staatliche Planung regelmäßig gegenüber dem freien Markt. Dies zeigen der Niedergang der deutschen Solarindustrie, die E-Mobilität, das Verbrennerverbot und das Heizungsgesetz. Produktionsstandorte entwickeln sich dort, wo Regulierungen, Infrastruktur, Bildung und Kosten eine marktfähige Fertigung ermöglichen. Lediglich Techniken und Standorte, die der strategischen Unabhängigkeit dienen, sollten vom Staat direkt subventioniert werden.

3.11 Digitalen Rückstand in Baden-Württemberg beenden

Information und Kommunikation finden seit Jahren rapid steigend in digitaler Form statt und sind zu einem Element der Grundversorgung geworden. Daher sind in Baden-Württemberg nach Schweizer Vorbild alle Bürger mit einem Gbit/s zu versorgen, wobei zur wirtschaftlichen Standortsicherung und Wettbewerbsfähigkeit die Versorgung sämtlicher Gewerbe- und Industriegebiete vorrangig zu betreiben ist.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

IX – Wirtschafts- und Sozialpolitik

Mehrere Jahrzehnte nahm Baden-Württemberg unter den Bundesländern bei den wichtigsten sozio-ökonomischen Indikatoren (BIP pro Kopf, Beschäftigungsgrad, industrielle Wertschöpfung) eine Spitzenstellung ein. Die Technologieführerschaft der baden-württembergischen Unternehmen und die sich daraus ergebende starke Position im internationalen Wettbewerb waren hierfür die wesentlichen Voraussetzungen. Seit einigen Jahren wird diese Wettbewerbsfähigkeit bedroht, wie aus internationalen Rankings, rückläufigen Patentanmeldungen und der Abwanderung der Industrie sogar in Hochlohnländer hervorgeht. Um diesen Negativtrend zu beenden, wollen wir einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einleiten, der sich an marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik, Pragmatismus und den Interessen unserer Bürger orientiert.

Wir werden den Wohlstand Baden-Württembergs für die Zukunft sichern, indem wir die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum verbessern und das Abwandern oder gar Sterben unserer Kernindustrien und des Mittelstandes verhindern:

1. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch Bürokratieabbau und Senkung der Energiekosten stärken.
2. Den Fachkräftemangel durch spezielle Programme für Schulabgänger ohne Abschluss, die Förderung der dualen Ausbildung und Anreize für die Rückkehr ausgewanderter Deutscher beheben.
3. Durch Fokussierung auf Familien und die Förderung von Wohneigentum eine breite Mittelschicht erhalten und stärken.
4. Die Grundsicherung auf wirklich Bedürftige und auf Personen mit mehrjähriger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beschränken.

Die bestehenden Berichtspflichten stellen besonders für kleine und mittelständische Unternehmen eine erhebliche Belastung dar und müssen daher auf das notwendige Minimum reduziert werden. In den vergangenen drei Jahren mussten in den Betrieben rund 325.000 Beschäftigte allein für die Bewältigung bürokratischer Anforderungen eingestellt werden. Die Belastungen für die Wirtschaft verursachen laut Ifo-Institut jährliche Kosten in Höhe von rund 146 Milliarden Euro.

1. Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit 1.1 Entbürokratisierung

Eine starke Wirtschaft braucht Freiheit statt stetig wachsender Regulierungen. Baden-Württemberg leidet unter ausufernden Vorschriften, langen Genehmigungszeiten und einer überlasteten Verwaltung. Dies gefährdet Investitionen, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen einen grundlegenden Neustart, der Bürokratie abbaut, Verfahren beschleunigt und Verwaltung wieder zum Dienstleister macht.

Struktureller Bürokratieabbau

- Sunset-Prinzip: Alle Landesgesetze, Programme, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften treten nach spätestens zehn Jahren automatisch außer Kraft, wenn ihre Fortgeltung nicht fachlich begründet wird.
- Wirksamkeit als Maßstab: Nur Regeln mit nachweisbarem Nutzen bleiben bestehen. Evaluierungen erfolgen digital und KI-gestützt.
- Belastungsmoratorium „One in, Two out“: Für jede neue Regel werden zwei bestehende abgeschafft.

- Gold-Plating stoppen: EU-Vorgaben werden ausschließlich im rechtlich zwingenden Mindestumfang umgesetzt. Baden-Württemberg nutzt alle politischen und rechtlichen Spielräume, um Vorgaben möglichst schlank zu halten – ohne nationale Verschärfungen, ohne zusätzliche Berichtspflichten und ohne unnötige Übertragung europäischer Regelungen in Landesrecht.
- Verfahren vereinfachen: Wo möglich, treten Anzeigeverfahren an die Stelle von Genehmigungen.
- Genehmigungsfiktion: Liegen vollständige Unterlagen vor, gilt ein Antrag nach spätestens drei Monaten als genehmigt.
- Belastende Bundes- und EU-Regelungen zurückdrängen: Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wird abgeschafft. Europäische Vorgaben in diesem Bereich werden im Land nur umgesetzt, soweit sie zwingend sind und keine zusätzlichen Auflagen entstehen.

Moderner Staat – moderne Verwaltung

Die Verwaltung muss Partner der Wirtschaft sein, nicht Hemmschuh. Unser Ziel ist eine digitale, effiziente und einheitlich arbeitende Verwaltung, die Anträge schnell bearbeitet und Unternehmen wie Bürger entlastet.

- Echte Digitalisierung statt PDF-Scheinprozessen: Einführung einer verbindlichen, durchgängigen Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsverfahren. Der Fokus liegt auf realen Prozessverbesserungen statt digitalem Formalismus.
- Once-Only-Prinzip: Daten müssen nur einmal übermittelt werden. Doppelte und dreifache Einreichungen entfallen.

- Registermodernisierung: Aufbau konsolidierter digitaler Register zur Vermeidung von Datendopplungen und Medienbrüchen.
- Standardisierte Prozesse und zentrale Plattformen: Einheitliche IT-Standards, zentrale Kommunikationslösungen und konsequente Nutzung gemeinsamer Bund-Länder-Infrastrukturen, um E-Mail-Chaos, Insellösungen und Doppelstrukturen zu beenden.
- KI und Automatisierung nutzen: Moderne Technologie, insbesondere Künstliche Intelligenz, soll Sachbearbeitung, Entscheidungen und Verwaltungsprozesse beschleunigen. Das schafft kürzere Wartezeiten und entlastet die Mitarbeiter.

Entlastung für mittelständische Unternehmen

- Viele Vorgaben belasten besonders den Mittelstand, der das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft bildet.
- Investitionsgenehmigungen beschleunigen: Neubau, Erweiterung und Ausbau von Gewerbeflächen sollen zügig erfolgen können, ohne bürokratische Hürden. Überlange Verfahren gefährden Arbeitsplätze und Investitionen.
- Bauland für Industrie und Gewerbe sichern: Das Land sorgt für ausreichend bezahlbare Gewerbeflächen, um Standortentscheidungen nicht durch Flächenmangel zu blockieren.

Ziel: Ein freier, handlungsfähiger Wirtschaftsstandort

- Mit strukturellem Bürokratieabbau, digitaler Verwaltung und klaren Regeln schaffen wir ein Umfeld, in dem Unternehmen wieder investieren, innovieren und wachsen können. Baden-Württemberg gewinnt damit die wirtschaftliche Dynamik zurück, die unser Land über Jahrzehnte stark gemacht hat.

1.2 Senkung von Energiekosten

Durch die höchsten Steuern und die höchsten Energiepreise in Verbindung mit einem übermäßigen Bürokratieaufwand sind Energiekosten entstanden, die international nicht wettbewerbsfähig sind. Durch die ideologiegetriebene sogenannte Energiewende wird die Wirtschaft unverhältnismäßig hoch belastet. Wir fordern stattdessen radikale Technologieoffenheit bei der Energieerzeugung. Dies beinhaltet auch den Bau von Kernkraftwerken der 4. Generation sowie Small Modular Reactors. Subventionen für erneuerbare Energien wie Windkraft und die sogenannte Energiewende müssen beendet werden. Die CO₂-Steuer muss abgeschafft werden.

1.3 Unternehmensgründungen fördern und Unternehmensnachfolge sichern

Ohne Unternehmer gibt es keine funktionierende Marktwirtschaft. Baden-Württemberg muss deshalb sowohl neue Unternehmensgründungen erleichtern als auch bestehende mittelständische Betriebe vor dem Verlust durch fehlende Nachfolger schützen. Viele wirtschaftlich gesunde Firmen finden heute keine Übernehmer – nicht wegen mangelnder Perspektiven, sondern aufgrund belastender staatlicher Rahmenbedingungen, fehlender Finanzierungsmöglichkeiten und des demografischen Wandels. Dies gefährdet Zehntausende Arbeitsplätze und die industrielle Substanz unseres Landes.

Gründung erleichtern

Bereits in Schulen und Ausbildungseinrichtungen soll ein positives Bild von Selbstständigkeit vermittelt werden. Alle für eine Gründung notwendigen Behördenkontakte werden an einer Stelle gebündelt; Verwaltungen sollen als Dienstleister auftreten und Hindernisse im Interesse junger Unternehmen aktiv abbauen.

Unternehmensnachfolge im Mittelstand sichern:

- Bürokratie abbauen: Betriebsübernahmen dürfen nicht wie Neugründungen behandelt werden, Bestandsschutz und vereinfachte Verfahren stellen sicher, dass gesunde Betriebe nicht an überzogenen Auflagen scheitern.
- One-Stop-Stelle: Ein Verfahren, ein Ansprechpartner, klare Fristen.
- Steuerliche Entlastung: Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie gezielte steuerliche Anreize für Übernehmer, etwa durch Sonderabschreibungen für Modernisierung und Digitalisierung.
- Bessere Finanzierung: Ausbau landeseigener Nachfolge-Fonds mit günstigen Darlehen, Zinsförderung und Ausfallbürgschaften, damit Übernahmen auch für junge Unternehmer tragfähig werden.
- Digitale Nachfolgeplattform: Eine zentrale Plattform vermittelt Betriebe und Übernehmer und vernetzt bestehende Angebote von IHK und Handwerkskammern, um Nachfolgen schneller und transparenter zu gestalten.

1.4 Automobilindustrie retten – Schlüsselindustrie erhalten

Die baden-württembergische Automobilindustrie mit ihren Herstellern, Zulieferern und Hochtechnologie-Betrieben ist eines der letzten starken industriellen Fundamente Deutschlands. „Ich schaff“ beim Daimler“ oder „beim Bosch“ ist nicht nur Tradition, sondern Ausdruck einer Wertschöpfung, die unseren Wohlstand über Generationen getragen hat. Diese Schlüsselindustrie steht heute unter massivem

Druck: durch überbordende Regulierung aus Brüssel und Berlin, ideologisch motivierte Technologieverbote, hohe Energiepreise, überzogene Vorgaben wie das EU-Verbrennerverbot und einen zunehmenden Mangel an IT- und Elektrofachkräften.

Eine AfD-Regierung wird alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Automobilindustrie im Land zu schützen und deren Bestand langfristig zu sichern.

Wir fordern:

- Technologieoffenheit statt Verbote: Schluss mit staatlich verordneten Antriebsformen. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Aufhebung des EU-Verbrennerverbots ein und stärken die Forschung an synthetischen Kraftstoffen, Wasserstofftechnologien und effizienten Verbrennungsmotoren.
- Industrielle Freiheit statt Überregulierung: Lieferkettenverordnungen, CO₂-Zwangssysteme, Berichtspflichten und ideologische Vorgaben müssen abgeschafft bzw. maximal reduziert werden.
- Standortbedingungen verbessern: Senkung der Energiekosten, beschleunigte Genehmigungen, geringere Abgabenlast und steuerliche Entlastung von Investitionen in modernste Produktionsprozesse.
- Fachkräfte zurückholen und ausbilden: Konzentration auf MINT-Berufe, duale Ausbildung stärken, Abwanderung deutscher Fachkräfte durch verbesserte Standortbedingungen stoppen.
- „Buy BW“-Signalprogramm: Landesbehörden und landeseigene Unternehmen sollen ihren Fuhrpark bevorzugt mit in

Baden-Württemberg produzierten Fahrzeugen ausstatten. Dies ersetzt keine Marktmechanismen, setzt aber ein deutliches Bekenntnis zum eigenen industriellen Fundament.

- Ohne eine starke Automobilindustrie verliert Baden-Württemberg einen Kern seiner wirtschaftlichen Identität und seiner globalen Wettbewerbsfähigkeit. Wir stehen klar zu unseren Herstellern, Zulieferern und zu einer Industrie, die über Jahrzehnte unseren Wohlstand geschaffen hat.

1.5 Neuausrichtung der Verkehrsinfrastrukturpolitik

Erhaltung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur müssen sich an ökonomischen und technischen Tatsachen orientieren. Die Priorisierung unter den Verkehrssystemen (Straße, Schiene, Wasserwege und Luftverkehr) darf nicht auf der Basis von Ideologie erfolgen.

2. Fachkräftemangel

Die Attraktivität des klassischen Ausbildungsberufs ist in den letzten Jahren immer weiter zurückgegangen. Dem inzwischen weit verbreiteten „Akademisierungswahn“ ist durch Aufklärungskampagnen an den Schulen entgegenzuwirken. „Meister statt Master“: Schulabgängern ist zu vermitteln, dass Handwerker wie auch technische und kaufmännische Arbeitnehmer unverzichtbare Stützpfeiler unserer Wirtschaft und Gesellschaft sind.

Daneben besteht aber auch ein großer Bedarf an Arbeitskräften aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, da Digitalisierung und Künstliche Intelligenz eine immer größere Bedeutung erhalten. Bei der Priorisierung von Steuergeldern für Ausbau oder Abbau von Studiengängen sollen entsprechend künftig ökonomische Kriterien eine größere Rolle spielen.

3. Für eine gerechte und zukunftsweisende Sozialpolitik

Wir verstehen darunter einerseits die Sicherstellung der Grundsicherung für besonders bedürftige Menschen (steuerfinanziert) und andererseits die staatlich geregelte Absicherung von besonderer Lebensrisiken und der Alterseinkünfte (beitragsfinanziert). Sozialversicherungen (gesetzliche Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen-, Rentenversicherung) sind in sich abgeschlossene Versicherungssysteme mit klaren Beiträgen und Leistungen. Nicht beitragsfinanzierte Leistungen sollten aus den Sozialversicherungssystemen ausgegliedert und über den Staatshaushalt finanziert werden.

Eine breite Mittelschicht ist wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik. Diese erreichen wir durch starke Familien und die Förderung von privatem Eigentum (insbesondere Wohneigentum). Nur Familien bringen starke Persönlichkeiten hervor, die die künftigen Leistungsträger der Gesellschaft darstellen. Ziel der Sozialpolitik muss es sein, dass möglichst viele Menschen aus eigenem Einkommen in Würde leben können.

3.1 Familien lastengerecht besteuern

Die Familien tragen die Lasten der Kindererziehung; die späteren Leistungen der Kinder, insbesondere in der Rentenversicherung, kommen allen Bürgern zugute. Die Eltern sollen in der Zeit, in der die Kosten für die Kinder anfallen, nicht sozial subventioniert, sondern möglichst weitgehend steuerlich entlastet werden.

3.2 Altersarmut verhindern

Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen besser gestellt werden als Personen, die größten-

teils arbeitslos waren. Solidarität ist ein integraler Bestandteil unserer Politik, die Eigenverantwortung darf jedoch nicht untergraben werden.

4. Unser Konzept für eine Grundsicherung für Arbeitssuchende

Unser Ideal ist eine Gesellschaft, in der möglichst viele Bürger aus eigener Kraft ein auskömmliches, selbstbestimmtes Leben führen können. Für Situationen, in denen das nicht möglich ist, existieren die Systeme der Grundsicherung, die Sozialhilfe bei Erwerbsunfähigkeit, die Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Grundsicherung im Alter, wenn die Rente für die Sicherung des Existenzminimums nicht ausreicht und kein Vermögen vorhanden ist.

4.1 Grundsicherung

Das Grundproblem des Bürgergeldes sind die geringen Anreize, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, da die gewährten Leistungen insbesondere im Niedriglohnsektor über der Kaufkraft von Arbeitstätigen liegen. Der Eintritt in die Schattenwirtschaft stellt für Bürgergeldempfänger eine weitere Einkommensquelle dar, was ebenso die Aufnahme einer regulären Erwerbstätigkeit unattraktiv macht. Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem Fehlen wirksamer Sanktionen der Jobcenter gegenüber Bürgergeldempfängern, die angebotene Stellen ablehnen. Die aktuelle Ausgestaltung des Bürgergeldes ist zudem ein Magnet für illegale Einwanderer mit negativen Folgen für die Finanzierbarkeit unseres Sozialsystems.

Eine Reform der Grundsicherung wird von der AfD über eine Bundratsinitiative eingeleitet werden:

- Erwerbsfähige Bürgergeldempfänger, die nach sechs Monaten noch immer im Leistungsbezug sind, sind zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen.

- Voraussetzung für den Bürgergeldbezug von Antragstellern ohne deutsche Staatsangehörigkeit soll eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ohne aufstockende Sozialleistungen von mindestens zehn Jahren in Deutschland sein. Deren Bürgergeldbezug soll auf ein Jahr begrenzt werden.
- Ukrainische Kriegsflüchtlinge werden aus dem Bürgergeld ausgegliedert und im Leistungsbezug den Asylbewerbern gleichgestellt.
- Zur Entlastung der Jobcenter werden die nicht erwerbsfähigen Bürgergeldbezieher bei gleicher finanzieller Unterstützung in die fachlich geeignetere Betreuung durch die Sozialämter überstellt.
- Um der Verschwendung vorzubeugen, ist eine Begrenzung von Zuschüssen zu Wohn- und Wohnnebenkosten auf 90 Prozent erforderlich.
- Die Leistungshöhe wird reduziert für Bürgergeldempfänger, die wiederholt zumutbare Stellenangebote bzw. gemeinnützige Arbeit ablehnen. Wir treten dafür ein, dass die genannten Regelungen konsequent umgesetzt werden.



ZUWANDERUNG, ASYL, STAATSANGEHÖRIGKEIT

X – Zuwanderung, Asyl, Staatsangehörigkeit

1. Abschiebungen unerschrocken durchsetzen

Die Zahl der Abschiebungen ist in den vergangenen Jahren trotz stetig steigender Zugangszahlen gesunken. Ende 2024 waren über 23.000 abgelehnte Asylbewerber ausreisepflichtig, es gab 7.600 Abschiebeversuche, abgeschoben wurden aber nur 2.900 Abgelehnte. Alle anderen Versuche scheiterten, vor allem, weil die Betroffenen nicht anzutreffen waren. Andere Gründe sind zum Beispiel Renitenz und Widerstand, was oft als „Belohnung“ den Abbruch der Abschiebung und die weitere, häufig unbegrenzte Duldung in unserem Land zur Folge hat. Die ausländerrechtlichen Instrumente wie zum Beispiel Abschiebegewahrsam oder Abschiebehaft sind an viele, kompliziert festzustellende, bürokratisch aufwendige Voraussetzungen gebunden. Die AfD wird hier für die Durchsetzung des Rechts sorgen und die Abschiebung von nicht Bleibeberechtigten verstärkt angehen.

2. Zentrale Abschiebebehörde erweitern und ausbauen

Wir werden sowohl die Abschiebebehörde als auch die Abschiebeeinheiten der Landespolizei mit dem notwendigen Personal ausstatten und beiden die notwendige politische Rückendeckung geben. Zudem muss die Behörde dezentralisiert werden. Die Aufgabe der Abschiebung werden wir auf die vier Regierungspräsidien verteilen und dort direkt der Behördenleitung unterstellen.

3. Identitätsbetrug und Abschiebevereitelung bekämpfen

Von den über 23.000 Ausreisepflichtigen 2024 gaben über 7.000 an, über keine Identitätsdokumente zu verfügen, oder machten falsche

Angaben zu ihrer Identität, sodass eine Abschiebung nicht erfolgen konnte. Viele weitere Tausende Ausreisepflichtige leisteten Widerstand gegen die Abschiebung, der dann belohnt wurde mit dem Verzicht auf die Abschiebung.

Gegenwärtig erledigen auch die großen Kreisstädte in aller Regel die Aufgaben der Ausländerbehörde selbst. Die Ausländerverwaltung muss vollständig in den Landkreisen und großen Kreisstädten zentralisiert und unter die alleinige Aufsicht der Regierungspräsidien gestellt werden, um parteipolitische Einflussnahme zu verhindern. Die AfD wird die Zuständigkeiten und zuständigen Behörden in Baden-Württemberg neu aufstellen, um eine Durchsetzung des geltenden Rechts zu ermöglichen.

4. Den Sozialmagneten abschwächen

Deutschland, also auch Baden-Württemberg, bietet weltweit die beste Rundumversorgung für Asylbewerber wie auch Abgelehnte. Geregelt wird das durch Bundesrecht: das Asylbewerberleistungsgesetz. Die Gesundheitsversorgung der vielen Millionen Asylbewerber ist nicht nur bundesweit, sondern auch in Baden-Württemberg ein besonders hoher Kostenfaktor. Das Asylbewerberleistungsgesetz führt in einigen Bereichen zu einer Privilegierung von Asylbewerbern als Patienten.

Die AfD wird den Missbrauch der Bezahlkarte beenden und, wo immer es geht, zu reinen Sachleistungen zurückkehren. Krankheitskosten müssen trennscharf landesweit erfasst werden, Asylbewerber im laufenden Verfahren und Abgelehnte dürfen keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten, egal, wie lange sie sich hier aufhalten.

5. Organisation der Asyl-Unterbringung neu regeln

Dem Unmut der Bevölkerung über immer neue und immer mehr Asylunterkünfte wegen der damit einhergehenden Sicherheitsrisiken begegnete der Ministerpräsident mit der Drohung, künftig auch gegen den Widerstand von Bürgern und Kommunen Erstaufnahme-Einrichtungen bauen zu wollen.

Die AfD wird die Unterbringung der Asylbewerber in der Fläche (in den kommunalen Asylbewerberunterkünften der Landkreise und in den Kommunen) beenden und sowohl Einreise- und Ausreisezentren als auch Zwischenunterkünfte nur noch zentral in der Nähe der vier Regierungspräsidien errichten. Damit werden sowohl Abschiebungen als auch Sachleistungen erleichtert. Nur noch anerkannte Asylbewerber sollen auf die Landkreise und Kommunen verteilt werden.

6. Soziale Ungerechtigkeit beenden

Anerkannte Asylbewerber werden in allen sozialen Sicherungssystemen (Grundsicherung, Versorgungsleistungen, Kranken- und Arbeitslosengeld etc.) vollkommen gleichgestellt, obwohl sie keinen Beitrag dazu geleistet haben. Dies stellt eine soziale Ungerechtigkeit dar. Asylanererkennung kurz nach Überqueren der Grenze kann nicht länger den vollen Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten. Der Bund, der die Grenzen schließen könnte, lädt diese gewaltigen Lasten auf die Solidargemeinschaft der Versicherten ab.

Die AfD wird sich über den Bundesrat für die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit im Sozialversicherungssystem einsetzen.

7. Staatsbürgerschaft weder verramschen noch verschenken

Ohne nachgewiesene echte Integration in unseren Staat und unsere Gesellschaft darf es keine Einbürgerung geben. Die AfD wird die Einbürgerungsbehörden zur restriktiven Handhabung der Vorschriften verpflichten. Im Bundesrat werden wir fortlaufend für eine Verschärfung des Einbürgerungsrechts arbeiten.



**INFRASTRUKTUR,
VERKEHR,
BAUEN, WOHNEN
UND PLANUNG**

XI – Infrastruktur, Verkehr, Bauen, Wohnen und Planung

Verkehrspolitik im Dienst von Freiheit, Mobilität und wirtschaftlicher Vernunft: Ziel ist eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die auf Erhalt und Ausbau der individuellen Mobilität, wirtschaftlicher Effizienz und moderner Infrastruktur basiert, ohne einseitige Benachteiligung bestimmter Verkehrsträger.

1. Schutz der Automobilwirtschaft

1.1 Technologieoffenheit statt E-Mobilitätszwang

Technologieoffenheit statt einseitiger Elektromobilität: Die staatliche Förderung darf sich nicht auf Elektromobilität beschränken, sondern muss technologieoffen sein und somit muss auch das Verbrenner-Aus ersatzlos aufgehoben werden.

Ablehnung der ideologischen Verkehrswende: Die Verteuerung und die Verdrängung des Autoverkehrs durch CO₂-Steuern, Fahrverbote oder sachlich unbegründete Tempolimits sind entschieden abzulehnen.

Wir setzen auf die Freiheit der Forschung, auf die deutsche Ingenieurskunst und auf Technikoffenheit. Der Schutz unserer Autoindustrie mit Hunderttausenden gut bezahlten Arbeitsplätzen ist uns sehr wichtig. Ein Verbot des Verbrennermotors wird von uns abgelehnt. Wir befürworten dabei auch die Erforschung und Weiterentwicklung von Biosprit und alternativen Antriebsstoffen, wie es die synthetischen Kraftstoffe sind.

1.2 Unterstützung von Zulieferern im Strukturwandel

Über 80 Prozent der Waren, die unser Land zum Leben und für seine wirtschaftliche Entwicklung braucht, werden auf der Straße transportiert. Daher muss dort der Transport effizienter gestaltet werden. Lang-LKWs transportieren wirtschaftlich und kostengünstig, nutzen vorhandene Verkehrswege und lassen Fahrten entfallen. Umso wichtiger ist, dass der Lastwagenverkehr bestmöglich organisiert ist. Wir wollen Raststätten für Ruhepausen und Tankmöglichkeiten ausbauen und so eine gute Versorgung der LKW-Fahrer wie auch den notwendigen Parkraum für die Pausen anbieten.

Parallel dazu sprechen wir uns für den Ausbau von Verladestationen für einen Transport auf der Schiene aus (Straße-Bahn). Ein teilweiser Gütertransport per Bahn entlastet die Fernstraßen und verhindert Verspätungen, zum Beispiel durch Staus.

Wir lehnen eine LKW-Maut auf Landesebene, wie im Koalitionsvertrag der bisherigen Landesregierung vereinbart, ab. Auch setzen wir uns dafür ein, dass die Kabotage-Regelung stärker kontrolliert wird.

2. Mobilität garantieren

2.1 Förderung individueller Mobilität, kein Zwang zum ÖPNV

Erhalt und Förderung des Individualverkehrs: Der motorisierte Individualverkehr muss als Rückgrat der Mobilität anerkannt und vor ideologischen Einschränkungen nicht nur geschützt, sondern auch gefördert werden.

Wir stehen für die individuelle Freiheit in der Mobilität. Wer keine Möglichkeit für individuelle Mobilität hat oder in dieser eingeschränkt und somit auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist, ist in seiner

Freiheit sowie bei der sozialen und kulturellen Teilhabe erheblich benachteiligt. Für uns ist Individualverkehr daher ein wichtiger Bestandteil der persönlichen Freiheit. Deshalb setzen wir uns auch für den Führerschein ab 16 mit begleitetem Fahren ein. Auch lehnen wir den Vorstoß aus der Europäischen Union, Menschen ab 70 den Autoführerschein streitig zu machen, als Altersdiskriminierung ab.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Anwohnerparken auf Landesebene wieder auf die ursprüngliche Deckelung von 30,70 Euro pro Jahr gesetzt wird, wie es auf Bundesebene geregelt war. Autofahrer und Anwohner, die keinen eigenen Stellplatz haben, dürfen nicht weiter belastet werden.

Die ständig steigenden Parkgebühren belasten die Autofahrer und den Einzelhandel in den Städten. Daher fordern wir zur Stärkung der Wirtschaft ein Pilotprojekt, in allen Städten an mindestens einem Samstag im Monat kostenloses Parken zu ermöglichen.

Die verschiedenen Mobilitätsarten sind gleichberechtigt. Wir lehnen eine Bevorzugung des Radverkehrs zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs ab.

2.2 Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Investitionen in eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur:

Straßen, Brücken und Tunnel sowie die Schieneninfrastruktur sind zu modernisieren und auszubauen, um Engpässe zu beseitigen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern.

Gleichwertige Entwicklung von Stadt und Land: Die Verkehrsanbindung des ländlichen Raums muss gleichrangig mit dem städtischen Raum behandelt werden, um Lebensqualität und wirtschaftliche Teilhabe zu sichern.

Durch fortlaufende Einsparungen bei Infrastrukturmaßnahmen im Straßenverkehr hat sich ein erheblicher Investitions- und Reparaturstau ergeben. Sehr viele Straßen und Brücken sind marode und müssen dringend saniert werden. Wir fordern, dass sich Baden-Württemberg im Bundesrat dafür einsetzt, die Zweckentfremdung der Kfz-Steuer durch den Bund zu beenden. Dadurch würden ausreichend Mittel für Ausbau und Erhalt der Straßen zur Verfügung stehen. Die finanziellen Mittel für die Instandhaltung von Straßen und insbesondere Brücken in Baden-Württemberg müssen massiv erhöht werden.

In Baden-Württemberg sind über 600 Brücken dringend sanierungsbedürftig, von denen die Landesregierung im Jahr 2024 höchstens 25 zur Instandsetzung vorgesehen hat, weil Gelder für grüne ideologische Projekte verschwendet wurden. Angesichts dieses teilweise lebensgefährdenden Investitionsstaus fordern wir eine massive Erhöhung der Landesmittel für den Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur.

Wir setzen uns für die Schließung bestehender Lücken und den weiteren Ausbau des Autobahnnetzes ein. Dies verhindert lange Umwege und verkürzt Fahrzeiten, entlastet Landes- und Kreisstraßen und somit reduziert sich der Verkehr in den Städten und Gemeinden, durch die diese Straßen führen.

2.3 Digitalisierung des Straßenverkehrs durch Einsetzung modernster Technik

Um unnötiges und umweltschädliches Bremsen und Anfahren zu verhindern, setzen wir uns dafür ein, dass alle Ampelschaltungen mit Kamera- und Sensortechnik ausgerüstet werden. Dadurch wird der Verkehrsfluss verbessert und Staus werden vermieden. Wir befürworten das autonome Fahren und wollen Bürokratiehemmnisse für die Autoindustrie abbauen.

2.4 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Flugverkehr

Durch den Ausbau von Schienentrassen und die Anschaffung weiterer Züge sowie eine Ausbildungsinitiative für Lokführer wollen wir eine engere Taktung im Fahrplan ermöglichen, um Ballungsgebiete besser anzubinden.

Die Reaktivierung stillgelegter Eisenbahntrassen im Regionalverkehr erachten wir als sinnvoll, sofern eine ausreichende Auslastung mit Fahrgästen sichergestellt werden kann und die Reaktivierung einer besseren Anbindung an die Städte in Baden-Württemberg dient. Hierfür wollen wir eine Schieneninfrastrukturgesellschaft im Eigentum des Landes gründen.

Flughäfen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Baden-Württemberg und müssen international wettbewerbsfähig bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass im Bundesrat gegen die restriktiven Energie- und Verwaltungsvorschriften und die damit verbundenen Kostensteigerungen für die Fluggesellschaften vorgegangen wird. Das Verkehrsmittel Flugzeug soll für die Bevölkerung erschwinglich bleiben.

2.5 Abschaffung des Landesmobilitätsgesetzes

Wir setzen uns für die ersatzlose Streichung des Landesmobilitätsgesetzes ein. Das Landesmobilitätsgesetz ist ein rein grün-ideologisches Gesetz mit gigantischem bürokratischem Aufwand, schwächt die Wirtschaft und belastet den Bürger sowie die kommunalen Aufgabenträger.

3. Bauen und Wohnen

Wohnungsnot beenden – Land der Eigentümer

Baden-Württemberg ist eines der gefragtesten Bundesländer für Wohnungsbau. Mit dem Anstieg der Einwohnerzahlen steigt die Nachfrage nach Wohnraum. Infolgedessen explodieren die Preise sowohl für Wohneigentum als auch für die Mieten. Dies betrifft in weiten Teilen auch den ländlichen Raum und insbesondere die Ballungszentren. Die Kapazitätsgrenzen sind bereits längst erreicht oder sogar überschritten. Verschärft wurde diese Situation noch durch die unkontrollierte Massenzuwanderung durch die rechtswidrige Politik der Bundesregierung. Der Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg steht daher vor großen Herausforderungen und es fehlen laut Studien bereits über 200.000 Wohnungen. Deshalb wollen wir mit unkonventionellen Maßnahmen erreichen, dass mehr Wohnungen gebaut werden können.

Wir werden den Wohnungsbau von seinen politischen Fesseln befreien, damit sich in Zukunft jeder Bürger eine Wohnung oder ein Haus leisten kann – entweder als Mieter oder besser noch als Eigentümer. Baden-Württemberg zum Land der Eigentümer machen! Rund 70 Prozent aller EU-Bürger leben im Eigentum, in Baden-Württemberg ist es nicht einmal die Hälfte. Eigentum ist Freiheit, schützt vor Altersarmut, vor Mietsteigerungen und vor Wohnungslosigkeit.

3.1 Migration, Nachfrage

Auch Mieter sowie Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen haben ein Recht auf Beachtung ihrer Interessen. Die Einwanderung in die Sozialsysteme und auf den Wohnungsmarkt treibt die Mietkosten in die Höhe. Sie sorgt für einen Wohnungsmangel, welchen der Bürger mit seiner immensen Steuer- und Abgabenlast auch noch finanzieren muss.

Eine Belegung von Sozialwohnungen durch Flüchtlinge ist abzulehnen. Um den Wohnungsmarkt spürbar zu entlasten, fordern wir die konsequente Umsetzung des geltenden Rechts und die damit einhergehende Rückführung illegaler Ausländer.

3.2 Grundsteuer

Wir fordern eine völlige Abschaffung der Grundsteuer, weil sie als Substanzsteuer zur Steuerungerechtigkeit führt. Sie ist verwaltungskostentreibend, investitionshemmend und belastet Eigentümer und Mieter. Die Abschaffung der Grundsteuer sorgt für eine deutliche Entbürokratisierung für Bürger und Staat. Die Gegenfinanzierung für die Kommunen erfolgt durch einen höheren Anteil am Bundessteueraufkommen.

3.3 Wohneigentum für alle ermöglichen

Wir setzen uns für eine höhere Eigentumsquote ein, welche in Deutschland und auch in Baden-Württemberg im europäischen Vergleich sehr gering ist. Ziel ist es, die Bürger in Wohneigentum zu bringen, um auch eine soziale Absicherung im Rentenalter ohne Mietbelastung zu ermöglichen.

Wohneigentum ist ein wichtiger Baustein in der Altersvorsorge. Dafür wollen wir eine Neuauflage der Eigenheimzulage in Höhe von einmalig 20.000 Euro pro Antragsteller für selbstgenutztes Wohneigentum einführen. Diese Eigenheimzulage soll so lange gelten, bis auf Bundesebene die großzügige steuerliche Absetzbarkeit der Bau- und Kaufkosten für eigengenutzte Immobilien ermöglicht wird.

3.4 Senkung der Grunderwerbsteuer und steuerliche Absetzbarkeit der Bauzinsen

Wir wollen die Förderung des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum so verbessern, dass sich auch untere und mittlere Einkommensgruppen, insbesondere Familien, selbstgenutztes Wohneigentum leisten können.

Hierzu soll die Grunderwerbsteuer von 5 Prozent auf das früher bundeseinheitlich gültige Niveau von 3,5 Prozent wieder abgesenkt werden. Ebenso setzen wir uns gemeinsam mit der Bundestagsfraktion dafür ein, dass die Grunderwerbsteuer bei dem Ersterwerb einer Immobilie erlassen wird.

Ebenfalls fordern wir eine steuerliche Absetzbarkeit der Bauzinsen für eigengenutztes Wohneigentum, welche als Altersvorsorgebeiträge geltend gemacht werden können.

3.5 Energiepolitische Maßnahmen – Anlagenpflicht ersatzlos streichen

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist ersatzlos zu streichen. Jeder Bürger soll selbst entscheiden, welche Heizungsart er einbauen will. Energetische Maßnahmen wollen wir grundsätzlich nur dann, wenn sie bauphysikalisch eindeutig effizient sind. Ansonsten verkomplizieren sie das Baurecht und verteuern das Bauen für Investoren und private Bauherren. Wir sind die einzige Partei, die sich konsequent gegen die unnötigen und überbordenden sogenannten Klimaschutzauflagen zur Wehr setzt. Wir möchten daher keine PV-Anlagenpflicht in Baden-Württemberg für alle Immobilien. So sollen Kostensteigerungen für das Wohnen vermieden werden.

3.6 Landesbauordnung

Die Landesbauordnung gehört überprüft und entschlackt. Bürokratie, staatliche Vorgaben und Verordnungen verteuern das Wohnen und verhindern in vielen Fällen dringend benötigte Baumaßnahmen.

3.7 Einrichtung von Nachrangdarlehen zur Eigenkapitalbereitstellung

Um mehr Menschen den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen, setzen wir uns für die Einführung staatlich unterstützter Nachrangdarlehen ein, die gezielt zur Eigenkapitalbereitstellung dienen. Diese Darlehen verbessern die Finanzierungsmöglichkeiten privater Käuferinnen und Käufer, da sie wie Eigenkapital wirken und damit den Zugang zu regulären Bankkrediten erleichtern. So schaffen wir faire Chancen auf Wohneigentum, stärken die private Vermögensbildung und fördern langfristig stabile Wohnverhältnisse.



**AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK,
ENTWICKLUNGSHILFE
UND AUSSENWIRTSCHAFT**

XII – Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungshilfe und Außenwirtschaft

1. Außenpolitik

1.1 Außenpolitik: Interessenbasiert in einer multipolaren Welt

Baden-Württemberg braucht eine Außenpolitik des Bundes, die sich an deutschen Interessen und realistischen Lagebildern orientiert. Eine vorwiegend moralisch argumentierende Außenpolitik erhöht Risiken, schwächt Standort und Wohlstand und mindert außenpolitische Handlungsfähigkeit.

Europa und die USA bleiben zentrale Partner. Gleichzeitig entstehen in anderen Weltregionen neue politische und wirtschaftliche Dynamiken. Deutschland und Baden-Württemberg sollen ihnen offen, pragmatisch und mit hoher Anpassungsbereitschaft begegnen. Ziel ist die Rückkehr zu einer realitäts- und interessen geleiteten Außenpolitik des Bundes, die Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und internationale Verlässlichkeit Deutschlands stärkt.

2. Europa: Kooperation nach Subsidiarität statt Zentralismus

Die AfD tritt für eine europäische Zusammenarbeit ein, die auf wirtschaftlicher Kooperation und gemeinsamen Interessen beruht, nicht auf fortschreitender Zentralisierung. Die EU soll dort handlungsfähig sein, wo gemeinsame Lösungen klaren Mehrwert bringen, und sich ansonsten auf das Subsidiaritätsprinzip stützen.

Baden-Württemberg setzt sich für eine EU ein, die schlank, leistungsfähig und demokratisch rückgebunden ist. Entscheidungen sollen möglichst bürgernah auf nationaler oder regionaler Ebene getroffen werden.

Leitbild ist die Europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten.

3. Außenwirtschaft: Technologieoffen, marktwirtschaftlich, exportstark

Baden-Württemberg ist exportabhängig. Eine veränderte Weltwirtschaft – unter anderem sinkender innereuropäischer Handel und neue US-Zölle – erfordert eine strategische Neujustierung. Das Land soll auf Bundes- und EU-Ebene für freien und fairen Handel zwischen souveränen Staaten eintreten.

Wirtschaftspolitik muss Freiheitsgrade erhöhen, Bürokratie abbauen und Innovationen technologieoffen fördern. Wissenschaft und Schlüsseltechnologien sind ideologiefrei zu unterstützen: Markt und Konsumenten entscheiden über Erfolg.

Unsere Schwerpunkte sind:

- Freihandel ausbauen: Neue Abkommen mit aufstrebenden Volkswirtschaften anstreben; keine ideologische Überfrachtung von Handelsverträgen.
- Bürokratieabbau: Regulierung so gestalten, dass sie Unternehmertum und Exportfähigkeit nicht hemmt.
- Technologiecluster stärken: Forschung, Erfindergeist und industrielle Qualität als Grundlage globaler Wettbewerbsfähigkeit.

Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung

Programme und Institutionen der Außenwirtschaftsförderung (unter anderem BW International, L-Bank) sollen regelmäßig auf Wirksamkeit, Zielgenauigkeit und Markterfolg geprüft werden. Förderentschei-

dungen sollen sich primär an Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung im Land und Arbeitsplatzentwicklung orientieren.

Sanktionen und Energiepreise

Sanktionen sind stets auf Nutzen, Nebenwirkungen und Rückwirkungen auf die eigene Volkswirtschaft zu prüfen. Baden-Württemberg setzt sich für energiepolitische Entscheidungen ein, die Versorgungssicherheit und international wettbewerbsfähige Preise gewährleisten; hierfür sind bestehende Sanktionsregime auf ihre wirtschaftlichen Folgen hin zu evaluieren.

4. Entwicklungszusammenarbeit: Zuständigkeiten klären, Landeshaushalt entlasten

Entwicklungszusammenarbeit ist eine Aufgabe des Bundes. Landesmittel für Entwicklungshilfe sind im Landeshaushalt transparent auszuweisen. Angesichts hoher nationaler Investitionsbedarfe soll Baden-Württemberg seine Entwicklungshilfenausgaben beenden.

Das Referat für Entwicklungszusammenarbeit soll geschlossen und die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr aus Landesmitteln finanziert werden. Die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes soll klar an deutschen Interessen, Wirksamkeit und überprüfbaren Ergebnissen ausgerichtet sein.

5. Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Starke Landesverteidigung, Krisenfestigkeit

Die AfD bekennt sich zu einer leistungsfähigen Bundeswehr, zur wehrtechnischen Industrie und zu einem starken Zivilschutz. Leitbild ist der „Bürger in Uniform“ auf Basis einer allgemeinen Wehrpflicht zur Landesverteidigung. Wehrpflichtige dürfen nicht für andere Zwecke als die Landesverteidigung eingesetzt und nicht

gegen ihren Auftrag im Ausland stationiert werden.

Unsere Prioritäten:

- Landesverteidigung als Kernauftrag: Wiederherstellung voller Verteidigungsfähigkeit, auch autonom im Notfall.
- Ausrüstung und Fähigkeiten: Nachhaltige Modernisierung und ausreichende materielle Ausstattung.
- Standortpolitik: Gemeinsam mit Kommunen ein Standortkonzept entwickeln, das traditionsreiche Standorte sichert und strukturschwache Regionen einbezieht.

Krisenfestigkeit und Zivilschutz

Zivil- und Katastrophenschutz sind systematisch zu stärken. Fähigkeiten von THW, Feuerwehren, Rettungsdiensten weiterer Organisationen sind zu erheben, Lücken zu schließen und die Interoperabilität ist zu verbessern.

Kritische Infrastrukturen müssen Stresstests unterzogen und erüchtigt werden. Notstrom-, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung sind so auszubauen, dass sie auch in langanhaltenden Krisenlagen zuverlässig funktionieren.

**Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 23. November 2025 in Hechingen.**

#JetztMalEhrlich

WAHLPROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2026 IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Herausgeber:

AfD Landesverband Baden-Württemberg
Zettachring 12A, 70567 Stuttgart
Landesvorsitzende: Emil Sänze, Markus Frohnmaier

Kontakt:

geschaeftsstelle@afd-bw.de

